



// Rechtsextreme Aufmärsche

Einordnung und Handlungsempfehlungen

// **Redaktion:** Dominik Enders,
Max Gerlach und Melissa Kinner
für die Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus
in Rheinland-Pfalz

// **Lektorat:** Niklas Wunsch

// **Titelfoto:** Kai Schwerdt

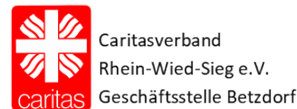
// **Design:** Mira Manns-Szczublewski

// **Herausgeber und Vi.S.d.P.:**
DGB Region Koblenz
S. Hebeisen
Moselring 5-7a
56068 Koblenz
Email: koblenz@dgb.de
Fax: 0261 - 30306-20

// Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus:



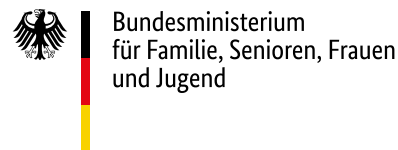
Südwest
gemeinnützige GmbH



// Koordination der Mobilen Beratung:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhalt

02-03

Grußwort

von Dietmar Muscheid, Vorsitzender des *DGB Rheinland-Pfalz / Saarland* bis November 2021

04-05

Einleitung

von Dominik Enders, Max Gerlach, Melissa Kinner

06-11

Chronik: Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

von Alex Wißmann

12-18

Zwischen Kontinuität und Wandel. Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz von Andreas Portugall und Philipp Reichert

19-21

„Rechtsextreme Versammlungen sind auch als Machtdemonstration gedacht“ Interview mit Professor Fabian Virchow

22-23

Karte: Aktiv gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

24-27

„Kandel soll aufhören, den Kopf in den Sand zu stecken“
Interview mit den *Omas gegen Rechts – Kandel und Südpfalz*

28-32

„Die öffentliche Aufmerksamkeit lässt bei unveränderten Ritualen wieder nach“ Interview mit dem *Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie*

33-37

„Wir müssen den Nazis ihre Wohlfühlzone streitig machen“
Interview mit der Gruppe *Solidarische Rose Zweibrücken*

38-41

„Vertrauen bildet die Basis für gemeinsame Aktionen“
Interview mit Dieter Engelhard vom *Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.*

42-45

„Posaunen und Trompeten lassen sich vom Ordnungsamt nicht herunterregeln“
Interview mit Thomas Kupczik vom *Verein Für ein buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts*

46-49

„Demonstrationen sind hier eine Seltenheit“
Interview mit Theresa vom *Bündnis Solidarisches Wittlich*

50-53

Handeln statt Hoffen. Empfehlungen, um rechtsextremen Aufmärschen entgegenzutreten von Melissa Kinner

54-57

Kontakt Daten und Epilog: Was ist Rechtsextremismus?



Grußwort



Dietmar Muscheid
Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland
bis November 2021

(Foto: DGB RLP/Saar)

Solidarität – das Gegenteil von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Die Phänomene Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus in Deutschland scheinen zunächst klar umrissen. Jede und jeder hat bei diesen Begriffen schnell deutliche Bilder im Kopf. Bei einer nur etwas tieferen inhaltlichen Auseinandersetzung fällt aber schnell auf, dass eine einfache Kategorisierung von rechten Gruppierungen nicht mehr unmittelbar möglich ist. Die Komplexität der Szene nimmt kontinuierlich zu.

Auch wenn es die Nazi-Skinheads der 1990er-Jahre – mit ihrem martialischen Auftreten – immer noch gibt, so ist klar, dass sich die Szene weiterentwickelt und ausdifferenziert hat. Rechtes Gedankengut findet sich inzwischen in den unterschiedlichsten Köpfen und damit auf den Straßen, in Stadien, am Arbeitsplatz, in Schulen, ja quasi in allen gesellschaftlichen Bereichen, und es hat sogar den Weg in die Parlamente gefunden. Auch bei dieser Bundestagswahl wurden rechte Parteien wieder von viel zu vielen Menschen gewählt. Die Wahrheit ist, rechte Ideen und Gedanken finden sich – mit regionalen Schwerpunkten – in der Mitte der Gesellschaft.

Angereichert wurde das Spektrum in der jüngsten Vergangenheit durch die Corona-Pandemie. Wie so oft bieten hier Ängste, Verunsicherung, Unzufriedenheit und die Suche nach einfachen Antworten den Nährboden für rechtes Gedankengut. Verschwörungstheoretiker:innen und sogenannte Querdenker:innen halten eine klare Abgrenzung zu rechtsextremistischen Gruppen nicht nur für überflüssig, sondern solidarisieren sich bei ihren Veranstaltungen offen mit solchen und teilen häufig deren Weltanschauung. Hilft diese doch, eine komplexe und manchmal unbequeme Welt zu vereinfachen und Probleme in ein bestimmtes, übersichtliches, an Sündenböcke geknüpft System zu sortieren.

In der Kommunikation in digitalen Mikrokosmen wie Foren und Chats, in denen ein unverblümter Hass brodet, erscheint eine Form von anonymisierter und scheinlegitimierter Menschenverachtung wie unter einem Brennglas. Schon jetzt zeigt sich, dass sich diese neuen Phänomene zunehmend radikalisieren und den virtuellen Raum verlassen. Das letzte traurige Kapitel dieser Art ist dabei der Mord an einem jungen Kassierer in Idar-Oberstein. Diese neuen Gestalten des extremen Verhaltens, mit einem unter der Oberfläche wabernden, aber hochexplosiven Gedankengut, stellen uns alle vor neue Herausforderungen.

Hinzu kommen die altbekannten Probleme: Anlässlich der Bundestagswahl haben fast drei Viertel der Wähler:innen rechter Parteien angegeben, dass sie sich große Sorgen machen, ihren Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Diese Sorgen sind unter anderem die Folgen eines inhumanen neoliberalen Globalisierungskurses. Deregulierung, Marktliberalisierung und eine auf Austerität orientierte Europapolitik stärken die Konkurrenz und schwächen das solidarische Miteinander.

Die Gewerkschaften sind bestrebt, durch sozialen Ausgleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, und verstehen sich als Gegengewicht zu den Interessen des Kapitals. Ihr solidarischer Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Mitbestimmung im Betrieb ist ein impliziter Beitrag zur Bekämpfung von ausgrenzendem und auf Konkurrenz beruhendem Gedankengut.

Es liegt geradezu in der DNA der DGB-Gewerkschaften, Rechtsextremen und allen sich an diese anlehenden Gruppierungen die Stirn zu bieten – am Arbeitsplatz, auf der Straße und in sämtlichen Lebensbereichen. Gewerkschaftliche Solidarität wurde von den Nationalsozialist:innen schnell als Gefahr erkannt. Deswegen wurden Gewerkschaften während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft zerschlagen und viele Gewerkschafter:innen verhaftet, misshandelt und in Konzentrationslager verschleppt. Mit ihrer Wiedergründung haben sich die Gewerkschaften auch deswegen unter dem Motto „Nie wieder!“ konsequent dem Antifaschismus verschrieben. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften steht der DGB bis heute für Solidarität und Demokratie. Damals wie heute sind Gewerkschafter:innen als aktive Demokrat:innen – nicht nur, aber auch in unseren Betrieben und Dienststellen – gefordert, unsere solidarische Gesellschaft zu verteidigen. Dieser Herausforderung begegnen sie jeden Tag im Kleinen wie im Großen.

Es ist gut zu wissen, dass wir dies Seite an Seite mit vielen Verbündeten tun – mit internationalen Schwestergewerkschaften und Verbänden über die Grenzen hinweg und in den vielen Bündnissen und Vorbereitungsgruppen direkt vor Ort in den Bundesländern und Kommunen. Es ist folgerichtig und wichtig, dass in den vielen kleinen und großen Initiativen fast immer Gewerkschafter:innen dabei sind. Es ist Aufgabe und gewerkschaftlicher Auftrag des DGB, breite Bündnisse zu schmieden und zusammenzuhalten.

Mut machende und tolle Beispiele der Vergangenheit waren die Aktionen und Demonstrationen bei „Koblenz bleibt bunt“ mit rund 150 Organisationen, Gewerkschaften und Parteien oder die Aktionen gegen rechte Propaganda unter dem Motto „Wir sind Kandel“, bei denen mehrere Tausend Unterstützer:innen von Demokratie, Respekt und Vielfalt deutlich gemacht haben: „Wir sind mehr!“

Klare Kante und Haltung müssen weiterhin das Leitmotiv bei zukünftigen Aktivitäten gegen rechts sein. Gemeinsam dürfen wir nicht zulassen, dass menschenverachtende Meinungen alltagstauglich und gesellschaftlicher Alltag werden. Dabei müssen wir nicht nur sichtbar gegen unverblümete Nazis, sondern auch entlarvend bei Rassismus im Schafspelz sein – auf der Straße, im Betrieb und im Netz. Rechtes Gedankengut ist das Gegenteil von Solidarität und deswegen ist Solidarität die richtige Antwort und Gegenwehr. Ein großer Dank und tiefe Solidarität gilt allen, die sich engagieren, in diesem Sinne auf allen Ebenen diskutieren und sich einbringen. Gemeinsam werden wir niemals aufgeben – in großen und kleinen Bündnissen und in tiefer Solidarität mit allen sichtbar Seite an Seite stehen, die es uns gleichtun.

//

Einleitung

Wo immer sich Rechtsextreme versammeln, haben sie mit Gegenwehr zu rechnen. Die Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz bringt sich ein, weil sie nicht bereit ist, den öffentlichen Raum für menschenverachtende Parolen und antidemokratischen Hass freizugeben. Sie weiß: Je entschlossener sich eine Stadt gegen rechtsextreme Aufmärsche stellt, desto weniger willkommen fühlen sich die Rechtsextremen und desto weniger Chancen rechnen sie sich hier langfristig aus.

Rechtsextreme setzen sich besonders häufig dort fest, wo ihnen mit Ignoranz begegnet oder gar Wohlwollen entgegengebracht wird. Sie suchen ungestörte Rückzugsräume, um Propaganda vorzubereiten und ihre Nachwuchsarbeit zu planen; um Waren wie Kleidung und Musik zur Finanzierung ihrer Ziele zu verkaufen; um Konzerte, Vorträge und Kampfsport-Events zur Nachwuchsgewinnung und Bindung ihrer Mitstreiter:innen abzuhalten; um Angriffe und Anschläge zu planen; um ihre Kräfte zu sammeln.

Wer das verhindern will, muss auch gegen die temporäre rechtsextreme Raumnahme in Form von Versammlungen kurzfristig und entschlossen handeln. Anspruch dieses Heftes ist es, mögliche Handlungsweisen aufzuzeigen und die Zivilgesellschaft zum unverzagten Sich-Einmischen zu ermutigen.

Rückblicke, Überblicke und Einblicke – die Beiträge des Heftes

Doch worin soll sich die Zivilgesellschaft einmischen? Alex Wißmann gewährt hierzu einen Rückblick und zeigt an ausgewählten Beispielen die Entwicklung des **Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz** auf. Andreas Portugall und Philipp Reichert zeichnen in ihrem Beitrag **Zwischen Kontinuität und Wandel** den langfristigen Bedeutungsverlust klassischer rechtsextremer Parteien und Kameradschaften und den Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Kandels nach, wo seit 2018 rassistische Demonstrationen die überregionale Wahrnehmung der Stadt prägen.

Professor Fabian Virchow gibt im Interview einen Überblick, welche Funktionen speziell solche Aufmärsche erfüllen sollen, und betont: „**Rechtsextreme Versammlungen sind auch als Machtdemonstration gedacht.**“ Die Karte **Aktiv gegen Rechtsextremismus** versucht dagegen, möglichst vollständig zu veranschaulichen, welche zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sich gegen Rechtsextremismus einbringen. Sie richtet sich primär an alle Leser:innen, die Verbündete für ihr Engagement suchen.

Einen Einblick in ihre Arbeit gewähren rheinland-pfälzische Bündnisse, Vereine und Gruppen, die regelmäßig öffentlichen Protest gegen rechtsextreme Kundgebungen und Aufmärsche artikulieren. Sechs Engagierte sprechen über ihre besten Aktionen und teilen ihre Erfahrungen.



Zwecks Sichtbarkeit aller Geschlechter gendern wir unsere eigenen Beiträge. Äußerungen von Gastautor:innen und Interviewpartner:innen können davon abweichen.

Inge Heimer von den *Omas gegen Rechts – Kandel und Südpfalz* berichtet etwa von einer ganz besonders klandestin geplanten Aktion, zu der *Omas* aus ganz Deutschland nach Halle anreisten, und appelliert an die Stadt in der Südpfalz: „**Kandel soll aufhören, den Kopf in den Sand zu stecken.**“

Michaela Schmitt schildert den langjährigen Einsatz des *Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie* gegen den dort jährlich stattfindenden geschichtsverfälschenden Neonazi-Aufmarsch: „**Die öffentliche Aufmerksamkeit lässt bei unveränderten Ritualen wieder nach.**“ Darum entwickelt das Bündnis seine Aktivitäten kontinuierlich und kreativ fort.

Auch in Zweibrücken marschieren Neonazis mit einer ähnlichen Agenda auf. Die antifaschistische Gruppe *Solidarische Rose Zweibrücken* hält demonstrativ dagegen: „**Wir müssen den Nazis ihre Wohlfühlzone streitig machen.**“

Welchen Anteil das *Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.* an einer gemeinsamen Aktion demokratischer Stadtratsfraktionen hat, erläutert sein Sprecher Dieter Engelhard und unterstreicht: „**Vertrauen bildet die Basis für gemeinsame Aktionen.**“ Die Stadt sieht sich seit 2019 mit vielen Versammlungen Rechtsextremer konfrontiert.

Thomas Kupczik vom Verein *Für ein buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts* blickt zurück auf zehn Jahre Erfahrung im Umgang mit NPD-Kundgebungen. Eine praktische Erkenntnis lautet: „**Posaunen und Trompeten lassen sich vom Ordnungsamt nicht herunterregeln.**“

Das Bündnis *Solidarisches Wittlich* gründete sich während der Pandemie und bringt sich seither gegen *Corona-Rebellen* (siehe *inforex #3*) ein. „**Demonstrationen sind hier eine Seltenheit**“, sagt Theresa über eine der Besonderheiten ihrer Aktivitäten in dem Mittelzentrum und verweist auf die sich hieraus ergebenden Herausforderungen.

Und wie nun einmischen? Ausgehend von den theoretischen Überlegungen von Fabian Virchow und eingedenk der Expertise der Interviewpartner:innen resümiert Melissa Kinner von der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz* Empfehlungen, die helfen sollen, rechtsextremen Aufmärschen entgegenzutreten. **Handeln statt hoffen!**, lautet die Maxime.

Dominik Enders, Max Gerlach, Melissa Kinner



Möglich gemacht haben diese Broschüre auch viele namentlich unerwähnte zivilgesellschaftliche Initiativen, antifaschistische Gruppen und Rechercheur:innen, die ihre Erkenntnisse häufig unter hohem persönlichen Einsatz gewonnen und teils gegen Widerstände an die Öffentlichkeit gebracht haben. Vielen Dank dafür! Auf diese Ergebnisse beziehen wir uns in den Beiträgen ebenso wie auf öffentlich zugängliche staatliche Informationen, Presseartikel und eigene Recherchen.

// Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Eine unvollständige Chronik

Gastbeitrag von Alex Wißmann

Diese Chronik zeigt beispielhaft wichtige rechtsextreme Aktivitäten auf und beschreibt deren strategische Bedeutung für die Szene sowie ihr zeitliches Fortwirken. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, zeichnet aber das Bild eines jahrelang gewachsenen Rechtsextremismus, der vielfältig verwurzelt ist.

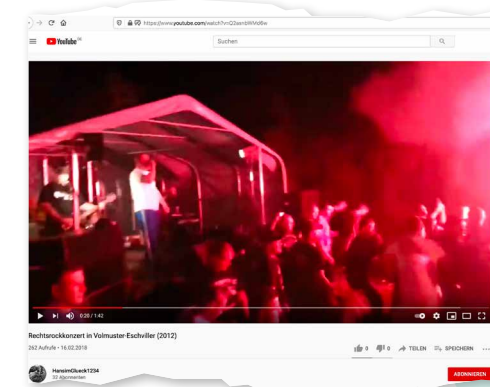
12/2003 // Verdächtige Brandanschläge: Zwei Griechen sterben in den Flammen eines brennenden Hauses in Kandel, sieben weitere Menschen werden verletzt. Der 22-jährige Täter mit Kontakten zum *Nationalen Widerstand Kandel* hatte Brandsätze ins Gebäude geworfen. Das Landgericht Landau kann kein Motiv feststellen. Ab 2015 gibt es mehrere Brandanschläge, insbesondere auf Unterkünfte von Geflüchteten, bei denen häufig keine Täter:innen zu ermitteln sind.

1/2005 // Überfall eines Punk-Konzerts: Mit der SMS „smash the reds“ wird der Angriffsbefehl erteilt. Die *Kameradschaft Westerwald* überfällt ein Punk-Konzert in Daaden. Wenige Monate später finden bei 41 Neonazis Razzien statt, der Anführer wird verhaftet. Das Ende der Kameradschaft ist zwar besiegelt, viele Mitglieder bleiben aber weiterhin politisch aktiv.



Die *Kameradschaft Westerwald* bei einem Aufmarsch in Dortmund im Jahr 2003 (Foto: Roland Geisheimer / attenzione)

01/2008 // Rechtsextreme Konzerte: Eine Frau mietet eine Grillhütte in Kümbdchen für eine Geburtstagsfeier an, tatsächlich findet dort ein Konzert rechtsextremer Jugendlicher statt. Allein 2008 gibt es sieben solcher Konzerte in Rheinland-Pfalz. Organisierte Neonazis veranstalten ihre Konzerte häufig im französischen Grenzgebiet. Hervor stechen hier mehrere Konzerte der rechtsextremen Hooliganband *Kategorie C*, die teils in Frankreich und teils in Rheinland-Pfalz stattfinden und bis zu 1000 Besucher:innen anlocken. Konzerte dienen der Szene zur Finanzierung und Vernetzung.



Von vielen klandestinen Konzerten wie diesem nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz (Quelle: Screenshot / Youtube.com/HansimGlueck123)

2003

2004

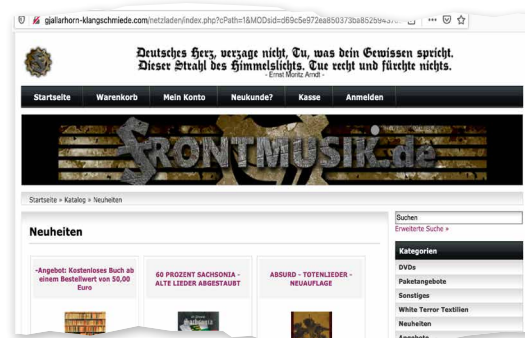
2005

2006

2007

2008

2003 // Szenegeschäfte sorgen für Umsatz: Das Rechtsrock-Label *Gjallarhorn Klangschmiede* aus Ludwigshafen, das teils auch als *Frontmusik* firmiert, vertreibt Musik. In den folgenden Jahren gibt es in Rheinland-Pfalz auch diverse Ladengeschäfte, die Neonazis Umsätze und Strukturen bringen.



Der Shop verkauft bis heute rechtsextreme Musik und Fan-Artikel (Quelle: Screenshot / gjallarhornklangschmiede.com)

09/2004 // Kooperation unter Kameraden: NPD, *Die Republikaner* und Kameradschaften vereinbaren in der „Resolution von Remagen“, auf einer gemeinsamen Liste zur Landtagswahl anzutreten. Diesen „Volksfrontbeschluss“ kündigt die NPD im Wahljahr 2006 bereits wieder auf und bläst alleine zum „Sturm auf Rheinland-Pfalz“.

05/2005 // Geschichtsverfälschende Aufmärsche: Zum ersten Mal findet in Remagen eine neonazistische Demonstration statt, die sich auf die dortigen Kriegsgefangenenlager bezieht und deutsche Soldaten zu Opfern der Alliierten umdeutet. Seit 2009 findet die Versammlung jährlich im November statt. Auch in Bretzenheim (jährlich seit 2004) und in Zweibrücken (erstmalig 2005, seit 2007 jährlich) halten Neonazis Versammlungen mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg ab. Alle drei Aufmärsche sind feste Termine im Kalender der Neonazis, wobei Remagen die meisten Anhänger:innen mobilisiert. Hier knüpfen die Versammlungen ideologisch an Gedenkmärsche ehemals inhaftierter Wehrmachtssoldaten an.

05/2005 // Parallele Aufmärsche zum Ersten Mai: 2005 finden erstmals parallel in Frankenthal und Worms Aufmärsche des *Aktionsbüros Rhein-Neckar* statt. Die NPD übernimmt diese Strategie bis 2014.

01/2006 // Rechtsextreme Rückzugsräume: Die NPD mietet einen Gasthof in Kirchheim an der Weinstraße an, den sie kurz darauf kauft. Auch im benachbarten Altleiningen mietet ein NPD-Funktionär kurze Zeit später eine Immobilie an, die er aber nur wenige Monate hält. In Kirchheim soll ein Schulungszentrum entstehen, allerdings scheitern die Pläne am Widerstand vor Ort. Ende des Jahres mietet die Partei eine ehemalige Schule in Morbach-Gonzerath an, um hier ein Schulungszentrum zu eröffnen. Zwei Jahre später muss sie auch dieses Haus wieder räumen. Von Neonazis geführte Läden wie Tattoo-Studios, Ladenlokale und Gaststätten bieten Rückzugs- und Vernetzungsräume und tragen dadurch dazu bei, Strukturen über viele Jahre zu festigen.

02/2006 // Aktionsbüros vernetzen die Szene: Aus dem gehackten Forum des *Aktionsbüros Rhein-Neckar* wird deutlich, dass es sich hierbei um eine Dachorganisation von NPD, Kameradschaften und Nachfolgestrukturen des verbotenen *Blood & Honour*-Netzwerks handelt. Die anderen beiden *Aktionsbüros Rhein-Nahe* und *Mittelrhein* sind dagegen eher eigenständige Gruppen. Alle *Aktionsbüros* haben straffe Hierarchien und vernetzen die Szene, auch über Ländergrenzen hinweg.

11/2009 // Burschenschaften: Die Burschenschaft *Germania Halle* zu Mainz lädt den überzeugten Nationalsozialisten und ehemaligen NS-Kampfflieger Hans-Joachim Herrmann ein. Als Anwalt vertrat dieser bekannte Holocaust-Leugner:innen. An den Universitäten gibt es rechtsoffene und rechtsextreme Verbindungen, die aber an Einfluss und Wahrnehmbarkeit verlieren.

10/2010 // Kundgebungs-Marathon: Nach seiner Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung wird der gewählte Trierer Stadtrat Safet Babic (NPD) aus dem Rat ausgeschlossen. Als Reaktion darauf organisiert Babic über mehrere Jahre Kundgebungen für jede verpasste Stadtratssitzung. 2015 urteilt das Bundesverwaltungsgericht, dass der Ausschluss nicht rechtens gewesen ist.



Zu dieser Kundgebung im September 2014 kommen nur wenige NPD-Anhänger:innen nach Trier (Foto: Max Gerlach)

09/2012 // Braune Bands: Bei einer Razzia gegen die neonazistische Black-Metal-Band *Kaltes Judeneder* (KJL) beschlagnahmt die Polizei neben Tonträgern auch Waffen und Munition. KJL gilt Szene-Kenner:innen wegen personeller Überschneidungen als Untergrund-Band der Gruppe *Blutkult*, die bis heute existiert. 2019 zählt der Verfassungsschutz acht Bands und vier Liedermacher in Rheinland-Pfalz.

09/2013 // Parteigründung „Der III. Weg“: Klaus und Dörthe Armstroff, Personen vom *Aktionsbüro Rhein-Neckar* und das bayrische *Freie Netz Süd* gründen die bundesweit vertretene Partei *Der III. Weg*. In Rheinland-Pfalz gibt es die „Stützpunkte“ „Westerwald/Taunus“, „Rheinhausen“ und „Pfalz“. In der „AG Körper und Geist“ betreiben Anhänger:innen Kampfsport. Im benachbarten Siegen (NRW) eröffnet die Partei 2020 ein Büro.



Der III. Weg demonstriert 2020 in Siegen (Symbolfoto: Max Gerlach)

12/2013 // „Die Rechte“ gründet Landesverband: Neonazis gründen einen rheinland-pfälzischen Ableger der Partei *Die Rechte*. Erst ab 2018 gewinnt die Partei an Handlungsfähigkeit.



Im März 2014 tritt die Partei erstmals in die Öffentlichkeit, danach wird es zunächst wieder still um sie (Foto: Max Gerlach)

2009

2010

2011

2012

2013

2014

03/2009 // Kinder und Jugendliche im Fokus: Wegen der „Heranbildung einer neonazistischen Elite“ wird die *Heimattreue Deutsche Jugend* bundesweit verboten. Der Verein organisierte auch in Rheinland-Pfalz neonazistische Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche. Nach dem Verbot gründet sich in der NPD-Jugendorganisation die *Interessengemeinschaft Fahrt und Lager*. Weil sie im Verdacht steht, die Aktivitäten fortzuführen, durchsucht die Polizei 2010 Häuser in Niedersachsen, Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz.

03/2012 // Razzia gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“: In Bad Neuenahr-Ahrweiler durchsucht die Polizei das „Braune Haus“ des *Aktionsbüros Mittelrhein*. Gegen 26 Personen erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und anderer Straftaten. 24 von ihnen sind zeitweise in Untersuchungshaft. In der Region ist nach der Razzia ein deutlicher Rückgang der Übergriffe von Neonazis zu beobachten. Die letzten Verfahren dieses „Mammutprozesses“ enden erst 2019.

06/2013 // Spaltung der NPD: Die NPD-Landesvorsitzende Dörthe Armstroff wird beim Landesparteitag geschasst. Der subkulturelle Flügel der NPD rebelliert gegen die völkische Elite. In der Folge verlassen Dörthe Armstroff und ihr Mann Klaus die NPD. Die Partei büßt daraufhin an Handlungsfähigkeit ein.



Markus Walter und Ricarda Riefling übernehmen 2013 den Landesvorsitz (Foto von 2016 von Kai Schwerdt)

07/2013 // Neonazis im Abstiegs-kampf: Unterstützt von Neonazis greifen Hooligans aus dem gesamten Bundesgebiet am Mainzer Bahnhof englische Fans von West Ham United an. In den 1990er-Jahren waren Hooligans noch tonangebend im Stadion, inzwischen haben ihnen Jüngere aus der „Ultra“-Bewegung, die sich häufig gegen Gewaltinszenierung und Rechtsextremismus positionieren, den Rang im Stadion abgelassen.

09/2013 // Neonazis entdecken den Kampfsport: Zum ersten Mal richten Neonazis in Vettelschoß den „Ring der Nibelungen“ aus. Ab 2015 heißt die Veranstaltung „Kampf der Nibelungen“ und findet in wechselnden Bundesländern statt; heute hat sie europaweite Relevanz. Ähnlich wie Konzerte binden Kampfsportveranstaltungen Anhänger:innen an die Szene, vernetzen und finanzieren sie.



Das Event ist in der Szene etabliert (Foto von 2019 von Max Gerlach)

// Der Autor: Alex Wißmann

Alex Wißmann schreibt unter anderem für *Lotta – Antifaschistische Zeitung* aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen.

05/2017 // Überregionale Nazi-Strukturen: Die bewaffneten Aryans greifen nach einer Demonstration in Halle eine Gruppe an, die sie für Linke halten. Zu den Aryans gehören Neonazis aus verschiedenen Bundesländern, auch Rheinland-Pfälzer sind darunter. Waren Neonazis früher stärker regional organisiert, sind einzelne Personen inzwischen häufiger auch in überregionale Strukturen eingebunden.



Aryans am Rande einer Demonstration in Halle
(Foto: Presseservice Rathenow)

06/2018 // Bürgerwehren auf Streife: Neonazis streifen durch die Innenstädte der Region Rheinhessen und der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler und geben vor, gegen kriminelle Migrant:innen einzutreten und so für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Die Streifgänge sind Teil des NPD-Projekts „Schutzzone“ und treten in Konkurrenz zur Polizei.



Propaganda-Plakat in Duisburg (Symbolfoto: Max Gerlach)

09/2018 // „Identitäre Bewegung“ unterstützt AfD: Anhänger der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung (IB) unterstützen eine Kundgebung des AfD-Politiker Jens Ahnemüller in Hermeskeil organisatorisch. Auch deswegen wird er später aus der AfD ausgeschlossen. Die IB ist vor allem in Trier und Koblenz aktiv.

02/2020 // Razzien bei Rechtsextremen: In Koblenz nimmt die Polizei ein mutmaßliches Mitglied der Gruppe S. fest. Die Gruppe soll Anschläge auf Politiker:innen und Muslim:innen geplant haben. Allein 2020 finden noch vier weitere Razzien gegen andere rechtsextreme Gruppen statt, bei denen auch eine Schrotflinte beschlagnahmt wird. Die Razzien bezeugen die hohe Gefährdung durch organisierte rechtsextreme Gruppen.

05/2020 // Corona-Proteste verbreiten rechte Narrative: Tausende von Corona-Rebellen tragen ihren Protest gegen die staatlichen Maßnahmen auf die Straße. An den Demonstrationen, die häufig durch antisemitische Verschwörungsmäthen gekennzeichnet sind, beteiligen sich auch Neonazis und die AfD. Rechtsextreme Narrative gewinnen an Verbreitung.

2015

2016

2017

2018

2019

2020

10/2015 // Flüchtlingsfeindliche Proteste: Stegskopf - Wir sagen nein nennen sich die Proteste gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft im Westerwald. Die flüchtlings- und islamfeindlichen Demonstrationen haben Pegida zum Vorbild und werden vom AfD-Mitglied Torsten Frank organisiert. Ein Jahr später organisieren auch Der III. Weg und die NPD gemeinsame flüchtlingsfeindliche Demos im Westerwald.



Der III. Weg demonstriert 2016 in Bad Marienberg
(Foto: Alex Wißmann)

03/2018 // Gründung der „Kameradschaft Rheinhessen“: Aus dem Kreis der Partei Die Rechte gründet sich die Kameradschaft Rheinhessen. Partei und Kameradschaft treten häufig in Personalunion auf. Fortan führen ihre Aktiven zahlreiche kleinere Kundgebungen durch, bis hin zu mehreren Demonstrationen in Ingelheim 2020.



„Kameradschaft Rheinhessen“ auf dem Transparent, „Die Rechte Gau - Südwest“ auf den Pullovern (Foto von 2019 von Max Gerlach)

03/2018 // Fanal in Kandel: 4000 Rechtsextreme und Rechtspopulist:innen demonstrieren nach dem Mord eines Flüchtlings an seiner 15-jährigen Ex-Freundin gemeinsam in Kandel. Die baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum hat die Proteste mitinitiiert, deren Teilnehmenden-Spektrum von Hooligans über Neonazis bis zur AfD reicht. Ein Teil der Menge greift die Polizei an. In der Region finden bis heute rassistische Versammlungen des Frauenbündnis Kandel statt, an denen sich regelmäßig etwa 100 Personen beteiligen.



Rassistische Proteste prägen die überregionale Wahrnehmung Kandels (Foto: Kai Schwerdt)

08/2020 // Nazis töten: Der rechtsextreme Andreas F. ersticht Sascha L. mit einem Fleischermesser, als dieser das Haus von F. betritt, um einen Streit zwischen F. und dessen Mutter zu schlichten. F. nahm an vielen Versammlungen des Nationalen Widerstands Zweibrücken teil. Die Tat zeigt eine für den Neonazismus wesentliche Gewaltenthemmung und Geringschätzung menschlichen Lebens.



Andreas F. hält 2019 ein Transparent der Zweibrücker Kameradschaft
(Foto: Kai Schwerdt)

// Zwischen Kontinuität und Wandel

Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Gastbeitrag von Andreas Portugall und Philipp Reichert



Großdemonstration am 28. Januar 2018 in der Kleinstadt Kandel (Foto: Kai Schwerdt)

Der 6. Juni 2020 sollte ein Zeichen der Stärke für die rheinland-pfälzische Neonaziszene werden. Erstmals fand der „Tag der Deutschen Zukunft“ hier im Land statt, organisiert von NPD und Freien Kameradschaften. Die Veranstaltung hatte einst als wichtigstes Event in der Szene gegolten. Bis zu 1000 Rechtsextreme aus dem In- und Ausland waren zeitweise angereist. In den letzten Jahren beteiligten sich immer weniger Personen, ins rheinland-pfälzische Worms kamen gerade einmal noch 50.

Knapp zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 2018, wurde Rheinland-Pfalz zum Schauplatz rechter Großdemonstrationen, die bundesweit für Schlagzeilen sorgten. Nachdem in Kandel ein Afghane seine 15-jährige Ex-Freundin erstochen hatte, pilgerten

tausende Rechte in die südpfälzische Kleinstadt. Funktionär:innen und Anhänger:innen der AfD demonstrierten gemeinsam mit der *Identitären Bewegung* und rechtsextremen Hooligans. Die „klassische“ Neonaziszene um NPD und Kameradschaften war ebenfalls in Kandel vertreten, spielte bei der Mobilisierung aber keine entscheidende Rolle.

Dabei hatten genau diese „alten“ Strukturen doch über Jahre das Bild der extremen Rechten dominiert. Was war passiert? Sind die „klassischen“ Neonazis in der Bedeutungslosigkeit verschwunden? Wie hat sich der Rechtsextremismus im Land verändert? Eine Rückblende auf die Entwicklung einiger Akteur:innen dieser Szene hilft dabei zu verstehen, was sich am rechten Rand getan hat.

Nachhaltig prägend: Die NPD als Gesicht des traditionellen Rechtsextremismus

Rheinland-Pfalz zu Beginn der 2000er Jahre: Es ist ruhig um die rechtsextremen Parteien im Land. Die *Republikaner* haben ihren Zenit überschritten. Bei der Landtagswahl 2001 holen sie nur knapp über zwei Prozent. Die NPD ist zerstritten, ihr fehlt es an Führungspersonen und in der Konsequenz ebenfalls an Wahlerfolgen. Sie schafft es gerade einmal auf ein halbes Prozent. Doch während die rechtsextremen Parteien in Rheinland-Pfalz am Boden liegen, befindet sich die Szene andernorts spätestens seit der Wiedervereinigung im Aufwind und richtet sich strategisch neu aus.

Davon versucht nun auch die NPD zu profitieren, mit einem vermeintlich ganzheitlichen Ansatz, dem sogenannten Vier-Säulen-Konzept. Es wird prägende Wirkung auf den deutschen Rechtsextremismus entwickeln. Mit dem *Kampf um die Parlamente* strebt die Partei nach politischen Mandaten und einer zuverlässigen Finanzierungsquelle. Für den Erfolg versucht die NPD, die Kleinstparteien am rechten Rand zu bündeln, und geht mit der DVU einen Wahlpakt ein. Der *Kampf um den organisierten Willen* zielt ebenfalls auf Einigung im rechtsextremen Lager ab. Von nachhaltiger Bedeutung ist der Schulterschluss mit den sogenannten freien Kräften bzw. den Kameradschaften. Die Partei möchte damit jenen Teil der Bewegung an sich binden, der vor allem durch Neonaziskinheads und die Rechtsrockszene geprägt wurde. Der *Kampf um die Straße* wird zu einem integralen Bestandteil dieser Szene. Mit Demonstrationen, Kundgebungen und aggressiver Raumnahme soll Stärke nach innen demonstriert, Angst und Einschüchterung sollen nach außen getragen werden. Mit dem *Kampf um die Köpfe* werden „Bildungs“- und Propagandaangebote etwa in eigenen Schulungszentren forciert, um die dauerhafte Bindung an die Partei zu gewährleisten.

Von Sachsen lernen: „Der Sturm auf Rheinland-Pfalz“

Der Erfolg dieses Konzepts zeigt sich in den neuen Bundesländern, beispielsweise in Sachsen. Bei der Landtagswahl 2004 erreicht die NPD dort mit 9,2 Prozent der Stimmen das zweithöchste

Ergebnis, das die Partei jemals bei einer Landtagswahl erzielte. Parteimitglieder sahen in dem Ergebnis eine „Keimzelle der nationalen Erneuerung“.

Vor allem ein Mann soll diese Erfolge nach Rheinland-Pfalz bringen: Peter Marx. Der erfahrene NPD-Wahlkämpfer und gebürtige Pfälzer übernimmt 2005 den Vorsitz der hiesigen NPD. Marx hat die Partei bereits im Saarland in zahlreiche Kommunalparlamente geführt. Und er ist es, der sich als Wahlkampfchef in Sachsen den Einzug in den Landtag maßgeblich auf die Fahne schreiben kann. Jetzt soll der „Sturm auf Rheinland-Pfalz“ folgen, wie Marx selbst die Bemühungen hier bezeichnet.

Der Erfolg soll hier vor allem auf dem *Kampf um den organisierten Willen* fußen. Während sich der Schulterschluss mit den „freien Kräften“ auf Bundesebene durch die Wahl von Kameradschaftsführern in den NPD-Bundesvorstand zeigt, folgt kurzerhand das rheinland-pfälzische Pendant:



Peter Marx ist inzwischen Landesvorsitzender der NPD Saar (Foto von 2017: Kai Schwerdt)

In der „Resolution von Remagen“ besiegeln Vertreter:innen der NPD und ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten*, mehrere Funktionsträger der *Republikaner* sowie rechtsextreme Kameradschaften die „Bündelung aller Kräfte“. Im Gegenzug sollen Repräsentanten „des radikalen Teils des nationalen Widerstandes“, also der „freien Kräfte“, für die NPD kandidieren.

Zu dieser Zeit gründen sich viele neue neonazistische Strukturen, teils als Ergebnis gezielter Vorfelddarbeit. In Rheinland-Pfalz steht der Neonazi Sascha Wagner exemplarisch für solche Bemühungen. Ende der 1990er Jahre zog er nach Rheinland-Pfalz und übernahm dort den Landesvorsitz der *Jungen Nationaldemokraten*. Über den Jugendverband leistet er in mehreren Regionen Aufbauarbeit. Im Westerwald rekrutiert sich später ein Teil der dortigen Kameradschaft aus den so erschlossenen Personenkreisen.

Die *Kameradschaft Westerwald* gehört zu den Mitunterzeichner:innen der „Resolution von Remagen“. Die 40-köpfige Gruppe ist von Beginn an eng mit der NPD verflochten. Eine solche Verflechtung aus „freien Kräften“ und Partei soll es in Rheinland-Pfalz künftig flächendeckend geben. Zu dieser Zeit ahnt noch niemand, dass die *Kameradschaft Westerwald* kurze Zeit später als kriminelle Vereinigung zerschlagen werden wird. Ein großer Teil ihrer Mitglieder landet auf der Anklagebank, einige auch im Gefängnis.

Die „Aktionsbüros“: zwischen NPD und Straßenkampf

Längerfristig bleiben vor allem drei Kameradschaftsstrukturen im Land übrig, die personell eng mit der NPD verbunden sind. In der Region Ludwigshafen entsteht bereits 2003 das *Aktionsbüro Rhein-Neckar* um René Rodriguez-Teufer. Die länderübergreifende Organisation bündelt zahlreiche bestehende Nazigruppen aus der Großregion, bis nach Hessen und Baden-Württemberg. Das *Aktionsbüro* veranstaltet regelmäßig Demonstrationen und Konzerte, Neonazis aus seinem Umfeld treten bundesweit auf rechtsextremen Veranstaltungen auf. Den Neonazis, die sich jahrelang einen Namen in der Szene gemacht haben, gelingt es, in der Region eine rechtsextreme Lebenswelt zu etablieren und Nachwuchs zu binden.

2004 entsteht das *Aktionsbüro Mittelrhein*. Zunächst treten seine Mitglieder als *Aktionsfront Mittelrhein* durch das Verteilen von Flyern und ihre Teilnahme an Aufmärschen in Erscheinung. Um den NPD-Politiker Sven Lobeck aus Koblenz, einen ehemaligen Zeitsoldaten, entwickelt sich daraus schnell eine sehr aktive Kameradschaft. Nur wenige Jahre später verfügt die Gruppe mit dem „Braunen Haus“ in Bad Neuenahr über ein eigenes Hausprojekt, das als Schaltzentrale des *Aktionsbüros* gilt. Dort wohnten Mitglieder, finden Partys und Konzerte statt, und auch klandestine Vernetzungstreffen, an denen Neonazis aus dem ganzen Rheinland teilnehmen. Das *Aktionsbüro Mittelrhein* entwickelte sich zu einer überregional agierenden Struktur, mit guter Vernetzung nach Nordrhein-Westfalen.

Die *Aktionsbüros* sind zu dieser Zeit bedeutende Neonazistrukturen im Südwesten Deutschlands: mit einem festen Stamm an Anhänger:innen, mit guten Kontakten in die Szene im In- und Ausland, mit regelmäßigen Aktionen. Aus dem Umfeld beider *Aktionsbüros* kommt es immer wieder zu Gewalttaten gegen politische Gegner:innen und Migrant:innen. Das *Aktionsbüro Rhein-Neckar* verkörpert ein Organisationsprojekt von altgedienten Kadern, das *Aktionsbüro Mittelrhein* steht für den Aufstieg einer jungen Neonazistruktur, die auch überregional die Neonaziszene mitprägen möchte.

2006 tritt ein weiteres *Aktionsbüro* in Erscheinung, das *Aktionsbüro Rhein-Nahe*, als dessen führender Kopf Mario Matthes gilt. Fast im ganzen Land organisieren sich die „freien Kräfte“ fortan in sogenannten *Aktionsbüros*. Daneben gibt es nur wenige, kleine und kurzlebige Kameradschaften. Auch sie sind häufig mit der NPD verbunden.

Die *Aktionsbüros* dominieren fortan das Feld der „freien Kräfte“ und prägen neben der NPD den Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Die 2004 in der „Resolution von Remagen“ beschlossene „Bündelung aller Kräfte“ schlägt sich 2006 sichtlich auf der NPD-Landesliste nieder: Mit Sven Lobeck, René Rodriguez-Teufer und Mario Matthes kandidieren je ein Vertreter der *Aktionsbüros* zur Landtagswahl. Partei und Kameradschaften sind im Land erkennbar verbunden.

Rechte Lebenswelten statt Wahlerfolg

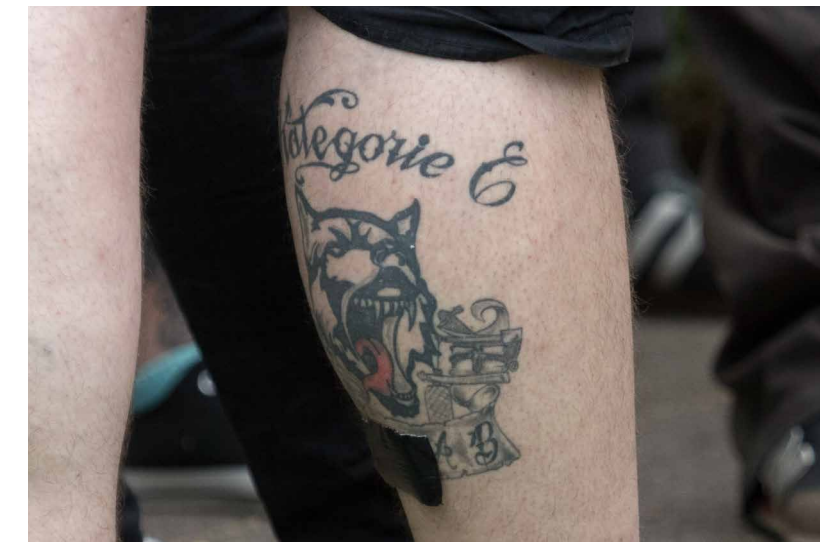
Trotz aller Bemühungen scheitert die NPD in Rheinland-Pfalz auch bei dieser Landtagswahl. Mit nur 1,2 Prozent der Stimmen bleibt sie deutlich hinter den eigenen Erwartungen und den Erfolgen der NPD im Osten Deutschlands zurück. Aus Peter Marx' erhofftem Sturm wurde lediglich ein Stürmchen. Trotzdem führt die Strategie, Partei und freie Kräfte zu verzahnen, mit der Zeit zu einigen kommunalen Mandaten.

Und noch etwas bleibt: die Zusammenarbeit zwischen „freien Kräften“ und Partei. Und so konzentriert sich die Szene nicht nur darauf, Stimmen und Mandate zu gewinnen. Zunehmend finden im Land rechtsextreme Veranstaltungen statt, sowohl öffentlichkeitswirksam auf der Straße als auch zurückgezogen in Vereinsheimen und Grillhütten. Etwa seit 2005 finden in Rheinland-Pfalz fast monatlich Aufmärsche oder Kundgebungen statt. Beispielsweise versucht die Szene, Aufmärsche zum „Nationalen Tag der Arbeit“ am 1. Mai auch in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Bis zu 300 Neonazis reisen hierzu an.

Auch fernab der öffentlichen Wahrnehmung nehmen die neonazistischen Aktivitäten zu. Allein von 2006 bis 2009 zählen die rheinland-pfälzischen Behörden mehr als 20 rechtsextreme Konzerte mit insgesamt knapp 2000 Teilnehmer:innen, die auch einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Szene leisten. Solche Events stärken die Bewegung von innen, sie schweißen zusammen, es entstehen Freundschaften. Die Anhänger:innen können sich ausleben, teils unter dem Radar der Ermittler:innen und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr.

In Rheinland-Pfalz widmen sich einzelne Akteur:innen überwiegend diesem Bereich der rechtsextremen Lebenswelt. Seit den frühen 2000er Jahren ist beim *Aktionsbüro Rhein-Neckar* ein Neonazi aktiv, der auch ein Kopf der europäischen *Hammerskins* ist, einer Art elitärer Nazibruderschaft. Die *Hammerskins* aus dem Südwesten Deutschlands organisieren professionell große Musikevents. Beispielsweise kommen zu einem ihrer Rechtsrockkonzerte an der deutsch-französischen Grenze im Sommer 2011 über 2500 Neonazis.

2013 und 2014 findet in Vettelschoß bei Neuwied das Neonazi-Kampfsportevent „Ring der Nibelungen“ statt. Auch hier ist der *Hammerskin* in die Veranstaltungsorganisation involviert. Das Turnier entwickelt sich in den folgenden Jahren zu einem Event mit europaweiter Bedeutung. An der Mosel und im Hunsrück existiert mit der *Chaos Crew* eine weitere Gruppe, die ausschließlich rechtsextreme Konzerte und Partys organisiert und gute Kontakte zum *Aktionsbüro Mittelrhein* und in die neonazistische Musikszene unterhält.



Kategorie C ist populär in der Szene (Symbolfoto: Kai Schwerdt)

Kampfsport, Rechtsrock und Fußball finden häufig zusammen. Wie, das zeigt sich beispielhaft 2011, als in der saarländischen Grenzregion zu Rheinland-Pfalz ein Konzert der rechtsextremen Hooligan-Band *Kategorie C* mit 1000 Besucher:innen angekündigt ist. Die Veranstalter kommen aus der Hooligan-Szene des 1. FC Kaiserslautern. Als es Probleme mit dem Veranstaltungsort gibt, springt laut einem Artikel der antifaschistischen Zeitschrift *Lotta* die NPD Westpfalz rund um Sascha Wagner ein und das Konzert kann letztlich auf dem Privatgelände eines Neonazis aus dem Umfeld der *Kameradschaft Zweibrücken* in Bechhofen stattfinden. Dazu schreibt die *Lotta*: „Großkonzerte [...] sind das Schmiermittel, das die pfälzischen Neonazis, die sich in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus bewegen, zusammenhält. Dort finden sie ihre gemeinsame Erlebniswelt und Identität. Man organisiert und feiert zusammen, man kennt sich eben in der Pfalz.“

Die Szene hat es auch in Rheinland-Pfalz geschafft, mit Aufmärschen, Partys und Konzerten regelmäßig rechtsextreme Lebenswelten zu schaffen. Häufig war die NPD beteiligt, sei es direkt als Veranstalterin oder indirekt über ihre Netzwerke, Doppelmitgliedschaften und Kontakte zu „freien Kräften“.

Die alten Strukturen bröckeln

Nachdem Neonazistrukturen jahrelang teils unbehelligt agieren konnten, wächst nach der Selbstenttarnung des NSU der Druck durch die Sicherheitsbehörden. Sie gehen bundesweit gegen Neonazigruppen vor. Am 13. März 2012 zerschlagen Ermittler:innen das *Aktionsbüro Mittelrhein*: 24 Neonazis werden festgenommen, insgesamt 26 angeklagt. Von einem Tag auf den anderen sitzt ein wichtiger Teil der Neonaziszene im nördlichen Rheinland-Pfalz hinter Gittern. Die Beschuldigten sollen Mitglieder oder Unterstützer einer kriminellen Vereinigung gewesen sein und weitere Straftaten begangen haben. Die meisten Verfahren werden nach jahrelangen Gerichtsverhandlungen eingestellt. In Nordrhein-Westfalen verbietet der Innenminister wenige Monate später gleich drei Kameradschaften, die mit der Szene in Rheinland-Pfalz eng verbunden sind. Zeitgleich schwebt das erneut angestrebte Verbotsverfahren über der NPD.

Doch eine Ersatzstruktur steht schon bereit. In NRW gehen die verbotenen Kameradschaften fast deckungsgleich in der Partei *Die Rechte* auf. Schon 2013 gründeten abtrünnige NPDler:innen auch in Rheinland-Pfalz einen Ableger der Partei. Die rheinland-pfälzische NPD ist im Verfall begriffen. Bereits Monate vorher gründete der Pfälzer Klaus Armstroff die Partei *Der III. Weg*. Er war lange Jahre Mitglied der NPD gewesen, zu Wahlen angetreten, seine Frau Dörthe Armstroff sogar Parteivorsitzende in Rheinland-Pfalz gewesen. Doch im Landesvorstand gab es offenbar Flügelkämpfe und zunehmende Streitigkeiten. Mit den Armstroffs verliert die NPD nicht nur zwei langjährige Mitglieder, sondern zugleich große Teile ihrer Anhängerschaft im Land rund um die beiden *Aktionsbüros Rhein-Neckar* und *Rhein-Nahe*. Neonazis aus deren Umfeld treten bis heute nicht mehr für die NPD, sondern für den *III. Weg* auf.

Parallel zu dieser Entwicklung gehen die Ermittlungsbehörden auch gegen kleinere Neona-

zigruppen und deren Anhänger:innen im Land vor. Mitglieder der *Vereinten Skinheads* aus dem Westerwald sowie der *Kameradschaft Eifler Land* werden wegen Gewalttaten verurteilt, ebenso Anhänger der *Chaos Crew*. Nicht einmal zehn Jahre nach der „Resolution von Remagen“ und der anvisierten „Bündelung aller Kräfte“ konkurrieren in Rheinland-Pfalz nun gleich drei rechtsextreme Parteien um Anhänger:innen. Zahlreiche Neonazis im Land sitzen auf der Anklagebank. Vom *Kampf um den organisierten Willen*, der einstigen tragenden Säule der extremen Rechten in Rheinland-Pfalz, ist nicht mal das Fundament übrig geblieben. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die gesellschaftliche Stimmung kippt.

Das neue Gesicht der extremen Rechten

Zehn Jahre nach dem von der NPD großspurig angekündigten „Sturm auf Rheinland-Pfalz“ zieht die AfD 2016 mit 12,6 Prozent in den Landtag ein. Die neue Partei besetzt eine Lücke am rechten Rand des Parteiensystems und profitiert maßgeblich von der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Migration und der Radikalisierung rassistischer und autoritärer Feindbilder. Die AfD gründete sich als konservative und wirtschaftsliberale Partei und unterschied sich damit zu Beginn entscheidend von der rechtsextremen NPD. Sowohl Partei als auch Anhängerschaft sollten sich aber schnell radikalisierten und zur erfolgreichsten extrem rechten Partei der deutschen Nachkriegsgeschichte werden. Flankiert wird der Aufstieg der AfD von rechten Protestbewegungen, die sie häufig erfolgreich für sich vereinnahmen kann.

Im Herbst 2014 formieren sich in Dresden die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)*. Zuvor marschieren in Köln Neonazis und rechte Hooligans unter dem Slogan *HoGeSa – Hooligans gegen Salafisten* auf. Diese neue und dynamische Mobilisierung des Rechtsextremismus hat auch Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz. 2015 versammeln sich 500 Teilnehmer:innen zu einer *HoGeSa*-Kundgebung in Ludwigshafen. Im Westerwald entsteht der *Pegida*-Ableger *Bekanntnis zu Deutschland* und setzt sich mit bis zu 500 Demo-Teilnehmer:innen über einen längeren Zeitraum dort fest. Mit dabei sind Neonazis des *III. Wegs*, Mitglieder der ehemaligen *Kameradschaft*



Die Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) sind ein neues rechtsextremes Gesicht (Symbolfoto: Max Gerlach)

Westerwald und des *Aktionsbüros Mittelrhein*.

Diese Aufbruchsstimmung kulminiert im Frühjahr 2018 in den außergewöhnlich großen rechtsextremen Demonstrationen in Kandel. In der Spitze laufen etwa 4000 Menschen zusammen mit AfD, NPD und rechten Hooligans durch die pfälzische Kleinstadt. Anlass ist der Mord an einer 15-Jährigen durch ihren Ex-Freund, einen afghanischen Flüchtling. Professionalisierte Mobilisierungskampagnen aus der „neuen“ Rechten treffen hier auf eine angeheizte gesellschaftliche Stimmung und neu gewachsene Proteststrukturen.

Ideologisch steckt in den Protesten allerdings wenig Neues. Personen aus der neonazistischen und der neuen Rechten kooperieren teilweise miteinander, jedenfalls grenzen sie sich nicht voneinander ab. Das Dilemma der neonazistischen Szene besteht darin, dass einerseits große Teile ihrer Inhalte über den „Szenerand“ hinaus übernommen werden, sie selbst davon andererseits aber kaum profitieren.

Zeitenwende: Rechtsextremismus im Wandel

Im Rückblick steht die „Resolution von Remagen“ aus dem Jahr 2004 für den gescheiterten Versuch, die Kräfte von NPD und Kameradschaften zu bündeln. Die *Aktionsbüros* waren von dieser Strategie mitgeprägt. Heute ist die Szene zersplitterter als zuvor, den altgedienten Neonazikadern gelingt es aktuell nicht, neue Strategien zu entwickeln. Würde die Gefährlichkeit der Szene an der Beteiligung an Demos gemessen, wäre die Neonaziszene inzwischen kaum mehr der Rede wert. Das lässt sich am nur schwach besuchten „Tag der deutschen Zukunft“ 2020 in Worms festmachen. Diese Entwicklung zeigt sich auch in Remagen, wo die einst wichtige jährliche Demonstration zu den sogenannten Rheinwiesenlagern stark an Relevanz und Besucher:innenzahlen verliert. Altgediente Kameradschaften wie die *Kameradschaft Zweibrücken* stehen zwar für eine Kontinuität, sie hangeln sich jedoch von einer schwach besuchten Kundgebung zur nächsten.

Die organisierte Neonaziszene in Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen 20 Jahren große Umbrüche durchlaufen. Öffentlich wahrnehmbare Demonstrationen und Wahlkämpfe sind aber nur ein Teil des „ganzheitlichen“ Ansatzes der frühen 2000er Jahre.

Die Gemengelage am rechten Rand ist zugleich komplexer geworden. Die Zahl der Akteur:innen hat um ein Vielfaches zugenommen, ebenso die Dynamik ihres Auftretens. Eine Abgrenzung zwischen den verschiedenen Strömungen, die unter Schlagworten wie „Wutbürger:innen“, „Rechtspopulist:innen“, „Rechtsextremist:innen“ und „Neonazis“ gefasst werden, ist fließend und schwierig. Das Ausmaß dieser neuen Problemlage zeigte sich eindrücklich in Kandel.

Klar ist auch, dass klandestine und halb-öffentliche Nazistrukturen weiterhin aktiv sind. Die einst aktiven „Kameraden“ sind zwar älter geworden, doch wenn es darauf ankommt, stehen sie bereit. Für rechtsextreme Events wie Kampfsport und Konzerte können ihre Organisator:innen weiterhin auf ein – wenn auch stark fragmentiertes – politisches Umfeld zurückgreifen. Das Gleiche gilt für militante oder terroristische Einzeltäter:innen und Gruppen. 2019 erschoss ein Neonazi den Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Der Täter hatte sich Jahre vorher in der Neonaziszene radikalisiert, war dann längere Zeit nicht mehr aufgefallen. Für die Tat konnte er offenbar auf sein altes Netzwerk politischer Weggefährten zurückgreifen, etwa um sich Waffen zu besorgen.

Dass potenziell gefährliche Neonazis auch unter uns in Rheinland-Pfalz leben, verdeutlichen folgende zwei Beispiele: 2020 gingen Bundesbe-

hörden gegen die „aggressiv-kämpferische“ Vereinigung *Combat 18* und die mutmaßlich rechtsterroristische *Gruppe S.* vor. Beide Male schlugen die Ermittler:innen auch in Rheinland-Pfalz zu.

Gegen rechts: Stärkung der Zivilgesellschaft!

Langfristige demokratische Gegenstrategien, die erfolgreich sein möchten, müssen die gewachsene und gut vernetzte rechtsextreme Szene samt ihren Traditionen und Strategien in den Blick nehmen und gleichzeitig das breite Feld neuer Akteur:innen am rechten Rand nicht aus dem Fokus verlieren. Dafür müssen insbesondere zivilgesellschaftliche Projekte vor Ort gestärkt werden, die alltäglich den Versuch unternehmen, eine kontinuierliche, länderübergreifende und zeitgleich regionale Bestandsaufnahme antidemokratischer Akteur:innen zu leisten.

Neonazistische Lebenswelten üben weiterhin eine große Anziehungskraft auf rechtsextremismusaffine Menschen aus. Sie sind zwar nur ein Teil der extremen Rechten, führen aber mitunter zu alltäglichen Bedrohungslagen für Menschen, denen die Rechtsextremen ein gleichberechtigtes und freies Leben versagen. Diese Lebensrealitäten entziehen sich meist der Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit, der Medien und immer wieder auch dem Interesse der Sicherheitsbehörden.

//



Andreas Portugall arbeitet bei der Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz. Die Meldestelle ist bei der Fachstelle für Betroffenenstärkung und Demokratieentwicklung – m*power angesiedelt.

Philipp Reichert ist Journalist. Er arbeitet als Reporter und Redakteur für das ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ beim Südwestrundfunk.

Über die Bedeutung von rechtsextremen Aufmärschen sprachen wir dem Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf, Professor Fabian Virchow.

„Rechtsextreme Versammlungen sind auch als Machtdemonstration gedacht“



Neonazis marschieren am 21. November 2015 durch Remagen (Foto: Max Gerlach)

Welche Funktionen erfüllen Versammlungen für die rechtsextreme Szene?

Solche Versammlungen haben zum einen die Funktion, mit bestimmten politischen Positionen an die Öffentlichkeit zu gehen, also etwa mit rassistischen Forderungen gegen Einwanderung oder mit antisemitischen Weltdeutungen. Das ist naheliegend. Bestandteil dieser Auftritte ist zudem die Botschaft: „Es gibt uns und wir verstecken uns nicht.“ Das ist gar nicht so selbstverständlich,

denn lange Zeit war es nicht möglich, dass sich Nazis in der Öffentlichkeit als organisierte politische Kraft präsentieren und das Recht beanspruchen, sich im öffentlichen Raum ungehindert bewegen zu können. Daran hat sich ein großer Teil der Gesellschaft jedoch inzwischen gewöhnt. Insofern ist das bereits eine Auswirkung der vielen Demos, die die extreme Rechte in den letzten 25 Jahren durchführen konnte – in Großstädten, aber eben auch oft in kleineren Orten. Dann geht es bei bestimmten Gelegenheiten –

also beispielsweise am 1. Mai – auch darum, sich in der Konkurrenz der neonazistischen Parteien als möglichst mobilisierungsstark zu beweisen. Dabei entwickeln die Gruppen zum Teil spezifische Inszenierungsweisen, die neonazistische Partei *Der III. Weg* etwa tritt vielfach mit Trommeln in Marschformation auf und führt eine Vielzahl an Parteifahnen mit.

Die Versammlungen sind auch als Machtdemonstration gedacht – sei es gegenüber Politik, Gerichten und Verwaltung, wenn diese in der Vergangenheit die Handlungsfreiheit der extremen Rechten eingeschränkt haben; aber eben häufig auch gegenüber antifaschistischen Akteur:innen verschiedener politischer Couleur; oder als Drohung gegenüber Bevölkerungsgruppen, die als „Feinde des deutschen Volkes“ angesehen werden. Diese Drohung kann sich in der Demo-Route ausdrücken (zum Beispiel an der örtlichen Synagoge vorbei), aber sie wird vielfach auch auf Kleidungsstücken sichtbar oder lautstark auf den Demos verkündet. Insbesondere direkte Angriffe auf Journalist:innen haben in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen. Einschüchterung soll hier kritische Berichterstattung verhindern.

Weniger sichtbar sind andere Funktionen solcher Versammlungen. Dazu gehört, dass sie Gelegenheiten zur Vernetzung sind – im persönlichen Kennenlernen. Also: Wer ist ein:e zuverlässige:r Kamerad:in? Wer ist eventuell für Aktionen ansprechbar, die über Demos hinausgehen? Daneben wird auf solchen Veranstaltungen auch für die nächsten Demos oder Neonazi-Konzerte geworben, aber die eigentliche Mobilisierung läuft heute selbstverständlich über Social Media. Für diejenigen, die neu in der Szene sind, können Versammlungen auch eine Möglichkeit sein, zu lernen, was die scene-angemessenen Verhaltensweisen sind und wie diese konkret umgesetzt werden, also zum Beispiel im Auftreten gegenüber Polizei oder Journalist:innen. Schließlich sei noch erwähnt, dass es auch darum geht, dass die Wortführenden schauen, wer als Kader gefördert und befördert wird.

2018 demonstrierten 4000 Personen in Kandel – weit mehr als bei anderen rechtsextremen Aufmärschen in Rheinland-Pfalz zuvor. Was hat sich verändert?

In den Jahren zuvor hatte die Gruppe *Bekennnis zu Deutschland* – quasi ein *Pegida*-Ableger – in unregelmäßigen Abständen jeweils ein paar Hundert Leute in verschiedenen Orten des Westerwaldes mobilisieren können. Wichtig war sicher allgemein die sexualisierte Gewalt in der Silvesternacht in Köln 2015/2016 sowie die anschließende breite Skandalisierung auch durch die Boulevardpresse, die diese Übergriffe in starkem Maße rassifiziert hat – also spezifisch als Ausdruck eines angeblich typischen Verhaltens „fremder“ Männer dargestellt hat, denen gegenüber jetzt „unsere Frauen“ geschützt werden müssten. Sexualisierte Gewalt ist schon lange ein Mobilisierungsthema der extremen Rechten, bei dem rasch die Todesstrafe gefordert wird – also die Straflust bedient wird, die es in Teilen der Bevölkerung gibt. Die Ermordung von Mia V. am 27. Dezember 2017 in Kandel ist dann systematisch von verschiedenen extrem rechten Akteur:innen für eine Kampagne genutzt worden. Ein Teil des Mobilisierungserfolges ist sicherlich auch dem Umstand zuzuschreiben, dass die Bezeichnung *Frauenbündnis Kandel* den Eindruck erweckte, hier seien nicht die üblichen extrem rechten Gruppen am Werk, sondern besorgte Frauen und Mütter. Die Empörung über den Mord hat in Kandel anfangs sicherlich auch manche auf die Straße gebracht, die dem extrem rechten Lager nicht verbunden sind.

Ist die Corona-Krise nach der Finanz- und der sogenannten Flüchtlingskrise der nächste historische Moment, der dem Rechtsextremismus dauerhaft Auftrieb geben wird?

Das ist meines Erachtens noch nicht ausgemacht. Die extreme Rechte hat seit dem Frühjahr 2020 auf vielfältige Weise mitgemischt. Aber angesichts von Tausenden sogenannter Corona-Proteste ist festzuhalten, dass die Zahl der Versammlungen, die vollständig von der extremen Rechten organisiert oder bestimmt waren, recht gering war. Bei fast allen anderen Versammlungen konnten sie de facto aber ungehindert teilnehmen, ihr Propagandamaterial verteilen, vielfach auch Reden halten. Diese Spielräume haben die verschiedenen Strömungen der extremen Rechten dann ja auch systematisch genutzt, beispielsweise die Reichsbürger:innen, aber auch Projekte wie die Zeitschrift *Compact*. Ich vermute, dass besonders jene Strömungen und Netzwerke profitieren, die

in starkem Maße verschwörungserzählend unterwegs sind. Und es wird möglicherweise regionale Unterschiede geben – eventuell nützt es der AfD in den ostdeutschen Bundesländern. Für die gesamte extreme Rechte gilt jedoch, dass sie die Erfahrung, bei diesen (Groß-)Ereignissen nicht ausgegrenzt worden zu sein, sehr begrüßt hat und diese ihr Mut gemacht hat. Schließlich sind in den Aktionen der Pandemie-Leugner:innen in erheblichem Ausmaß auch Sozialdarwinismus und Antisemitismus sichtbar geworden. Hieran kann die extreme Rechte offensiv anschließen.

„Die Rechte“ demonstrierte im Sommer 2020 mehrfach in Ingelheim. Beim ersten Mal musste die Demo nach wenigen Metern umdrehen, weil Antifaschist:innen den Weg blockierten. Danach meldeten die Rechten mehrere Versammlungen an den folgenden Wochenenden an und setzten darauf, die Gegenproteste zu ermüden. Wie kann die Zivilgesellschaft klug auf so eine Zermürbungsstrategie reagieren?

Das kommt immer wieder vor und ist tatsächlich eine Herausforderung, weil es den Neonazis im Zweifelsfall reicht, mit 30 Gleichgesinnten die angemeldete Strecke laufen zu können, um damit sich selbst, aber auch anderen zu zeigen, dass sie letztlich doch ihr Vorhaben durchsetzen können. Sicherlich macht es Sinn, auch weiterhin offensiv dagegen zu mobilisieren, um mit möglichst vielen Antifaschist:innen entschlossen aufzutreten und nach Möglichkeit den Aufmarsch erneut wirksam zu beeinträchtigen. Hinzu kommt, dass auch die Polizei, die vielleicht beim ersten Mal noch von der Entschlossenheit des demokratischen Gegenprotests überrascht wurde, nach Möglichkeiten sucht, die Versammlung der Neonazis stattfinden zu lassen – und dann vielleicht Einfluss darauf nimmt, wo die Demonstrationen und Kundgebungen jeweils stattfinden können. Das macht es nicht einfacher.

Grundsätzlich ist es hilfreich, wenn man sich regelmäßig klarmacht, dass der Kampf gegen die extreme Rechte ein Langstreckenlauf ist und kein Sprint. Um in kurzen Abständen Menschen immer wieder zu antifaschistischen Demos zu mobilisieren, ist vermutlich eine gewisse Variation in der konkreten Ausgestaltung der Gegendemo



Rechtsextreme Demonstration am 15. August 2020 in Ingelheim (Foto: Kai Schwerdt)

hilfreich. Zudem: Ingelheim ist ja nicht weit von größeren Städten entfernt; da kann es auch helfen, dass zu einzelnen Terminen jeweils gezielt und systematisch eine Gruppe aus dem Bündnis Unterstützung von dort organisiert, also zum Beispiel die Gewerkschaften nach Ingelheim zu einem Termin einlädt, zum nächsten Termin dann die demokratischen Parteien. Die autonome Antifa ist ja ohnehin regelmäßig aktiv.

Welchen zivilgesellschaftlichen Protest gegen einen Aufmarsch fanden Sie besonders originell?

Das lässt sich meines Erachtens nicht generell beantworten. Zudem ist „Originalität“ ja kein Wert an sich, sondern muss eingebettet bleiben in eindeutige politische Aussagen und Zielsetzungen. Entscheidend ist, ob die Protestaktion geeignet ist, den Bewegungsspielraum der extremen Rechten tatsächlich einzuschränken und die Beteiligung möglichst vieler Menschen mit antifaschistischer Einstellung zu ermöglichen. Etwas schlagwortartig: Breite und Entschlossenheit. Und dann hängt es häufig auch von den örtlichen Bedingungen ab, welche Möglichkeiten bestehen. Bedeutsam scheint mir, dass die richtige Balance gefunden wird: einladend und kreativ, aber eben auch mit ernsthaftem Willen. Es darf den Nazis nicht möglich sein, den öffentlichen Raum zu besetzen. Dass die dazu notwendige Bündnisarbeit nicht immer einfach ist, muss ich hier nicht erläutern. Insofern ist die Zeit zwischen den konkreten Gegenmobilisierungen wichtig, um sich in den Bündnissen kennenzulernen und eine belastbare Vertrauensbasis zu schaffen.

//

1 // m*power ist die Mobile Beratung für Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz.

1 // m*power ist die Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz.





Kandel ist im Fokus der Rechtsextremen

Nachdem ein Geflüchteter seine 15-jährige Ex-Freundin Mia V. im Dezember 2017 ermordet hatte, versammelten sich regelmäßig rechtsextreme Demonstrant:innen in Kandel. Im Frühjahr 2018 demonstrierten hier bis zu 4000 Teilnehmer:innen aus der ganzen Bundesrepublik. Der aktive Kern aus der Region setzt seine Aktivitäten bis heute fort, allerdings mit stark verringerter Beteiligung.

Wer?

Organisiert wurden die Demonstrationen vor allem von den rechten Bündnissen *Kandel ist überall* und *Frauenbündnis Kandel*. Hieran beteiligten sich Rechtsextreme (unter anderem die NPD, *Der III. Weg*, die *Identitäre Bewegung* und das *Pegida-Milieu*), rechte Hooligans und Rechtspopulist:innen (wie die *Alternative für Deutschland* und die *Junge Alternative*).

Warum?

Beworben wurden die Versammlungen anfangs als „Trauermärsche“. Tatsächlich dienten sie immer dazu, gegen Migrant:innen zu hetzen. Zeitweise gelang es den Organisator:innen, die verschiedenen Milieus am rechten Rand gemeinsam zu mobilisieren. Indem sie es zustande brachten, dass mehrere Tausend Rechtsextreme in einer Stadt mit 8000 Einwohner:innen aufmarschierten, erreichten sie eine Macht- und Diskursverschiebung.

Wie?

Das Narrativ der Proteste ist durchgängig ein klassisch rechtspopulistisches: hier die Opfer, die wehrlosen deutschen Frauen; dort die Täter, nämlich die Geflüchteten, und das demokratische System, das die Taten erst möglich macht. Demonstrant:innen sprachen beispielsweise von „Merkels Toten“. In diesem Bild sind die Demonstrant:innen selbst Held:innen, die den Mut aufbringen, die unbequeme Wahrheit zu verkünden, und den nötigen Widerstand praktizieren. Anfangs beschränkten sich die Versammlungen auf Kandel, später wichen sie auch auf andere Städte in der Pfalz aus. Augenfällig ist die sehr starke Präsenz in den sozialen Medien mit Live-Streams von Versammlungen und regelmäßigen Propaganda-Beiträgen. Inzwischen hält der verbleibende Kern der Organisator:innen auch Kundgebungen vor der Redaktion der Tageszeitung *Die Rheinpfalz* ab und beteiligt sich an Aktivitäten des Corona-Protest-Milieus.



Rechtsextreme versammeln sich seit 2018 in Kandel (Foto: Kai Schwerdt)



Kundgebung vor der *Rheinpfalz*-Redaktion (Foto: Erik Butz)

Unsere Fragen zur Arbeit der Omas gegen Rechts – Kandel und Südpfalz beantwortete Inge Heimer.

„Kandel soll aufhören, den Kopf in den Sand zu stecken“



Die Omas gegen Rechts bei einer Demonstration am 4. Mai 2019 in Landau (Foto: Tape Lago)

Was war die beste Aktion Ihrer Initiative?

Unsere beste und spektakulärste Aktion war unsere Sternfahrt verschiedener Regionalgruppen aus Kandel, Gießen, Hamburg, Berlin, Hannover, Wetterau, Erfurt und Köln nach Halle (Saale) am 8. August 2020. Das war eine Solidaritätsaktion für die Hallenser Omas, die von dem Rechtsextremisten Sven Liebich mehrfach aufs Übelste beleidigt worden waren. Liebich wollte an dem Tag eine Versammlung auf dem Marktplatz abhalten. Wir haben uns vorher abseits des Marktplatzes

getroffen, Schirme und Schilder verteilt und sie erst mal in unseren Rucksäcken versteckt, wir wollten ja nicht auffallen. Dann sind wir zurück auf den Marktplatz, haben in den umliegenden Cafés abgewartet. Als Liebich seine Rede begann, sind wir aus allen Himmelsrichtungen auf ihn zuge laufen, haben Lärm gemacht. Der überraschte Liebich hat vor Wut gebrüllt! Die Aktion wurde von Arndt Ginzel für die ZDF-Sendung *Frontal 21* begleitet, Ausstrahlungstermin war der 18. August 2020.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Omas aus so vielen Städten zu koordinieren, war schwierig und die Planung anstrengend. Da wir für die Aktion bundesweit mobilisiert haben, war die Organisation sehr zeitintensiv und musste streng geheim ablaufen. Niemand durfte sich öffentlich auf Facebook verplappern. Wichtig war, dass wir vor Ort Unterstützung vom Bündnis *Halle gegen Rechts* hatten, die zu unserer Sicherheit eine Versammlung angemeldet hatten, damit genug Polizei vor Ort ist. Sehr wichtig war der gute Kontakt zu den Medien. Wir hatten vorher schon die Erfahrung gemacht, dass wir mit den Omas ein beliebtes Label haben, worüber auch die Medien häufig berichten. Bei dieser Aktion hat eine E-Mail an den Journalisten ausgereicht, um sein Interesse zu wecken. Bündnisse brauchen etwas Eigeninitiative und Mut, von sich aus kommen die Medien nur selten.

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechtsextremismus in der Pandemie aus?

Wir gehen weiterhin auf die Straße. Selbstverständlich ist es uns sehr wichtig, die Corona-Maßnahmen strikt einzuhalten. Wir tragen Mund-Nasen-Schutz, halten Abstand und nehmen Rücksicht. Neue Aktionsformen haben wir im Moment nicht geplant.

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Weil es nach wie vor dringend nötig ist, unsere Demokratie zu schützen, die ja momentan auch sehr stark durch Corona-Leugner wie Bodo Schiffmann und Co. bedroht wird. Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern eine tolerante, offene und bunte Welt und eben diese Demokratie bewahren. Unsere Motivation lautet: Nie wieder!

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Wir wünschen uns am meisten, dass die Zivilgesellschaft, speziell die in Kandel, aufhört, den Kopf in den Sand zu stecken, und Gesicht zeigt gegen rechts. Dasselbe gilt für die Kommunalpolitik in Kandel, vor allem für die CDU, die eher uns als die „Bösen“ betrachtet und den Rechtsextremen den roten Teppich ausbreitet. Von Verwaltung und Polizei wünschen wir uns, dass uns weniger Steine in den Weg gelegt werden und sie uns zum Beispiel Protest in Sicht- und Hörweite zubilligen.

//



Die überparteiliche Initiative *Omas gegen Rechts* wurde in Deutschland im Januar 2018 nach österreichischem Vorbild gegründet und zählt mittlerweile über 3000 Mitglieder. Die Pfälzer Omas engagieren sich getreu dem Motto „Alt sein heißt nicht stumm sein!“ und sind Teil des Bündnisses *Kandel gegen Rechts*.



Protest der Omas gegen Rechts bei einer Demonstration am 4. Mai 2019 in Landau (Foto: Tape Lago)



Remagen wehrt sich gegen geschichtsverfälschenden Neonazi-Aufmarsch

Dreierreihen, schwarze Fahnen, Schweigen: Seit 2009 versammeln sich Neonazis jeden November zum „Trauermarsch“ in Remagen. Wie auch in anderen Städten haben die Alliierten hier nach dem Zweiten Weltkrieg ein Rheinwiesenlager für deutsche Kriegsgefangene errichtet, was den Neonazis heute Anlass bietet, Deutsche als Opfer zu inszenieren und den Nationalsozialismus zu verherrlichen. Ihre plakative Botschaft: „1 Million Tote rufen zur Tat.“ Tatsächlich sind im Remagener Rheinwiesenlager unter den schwierigen Bedingungen nach Kriegsende fünf- bis zehntausend Personen verstorben. Heute ist der Aufmarsch mit seinen 100 bis 300 Teilnehmer:innen ein wichtiger regelmäßiger Termin für die westdeutsche Neonazi-Szene.



Jährlich marschieren Neonazis durch Remagen, wie hier 2017 (Foto: Max Gerlach)

Wer?

Organisiert wird der Aufmarsch seit 2009 maßgeblich vom mit der NPD verwobenen neonazistischen *Aktionsbüro Mittelrhein*, dessen Protagonisten sich ab 2012 wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht verantworten mussten. Daraufhin übernahm die Partei *Die Rechte* aus NRW zeitweise die Organisation.

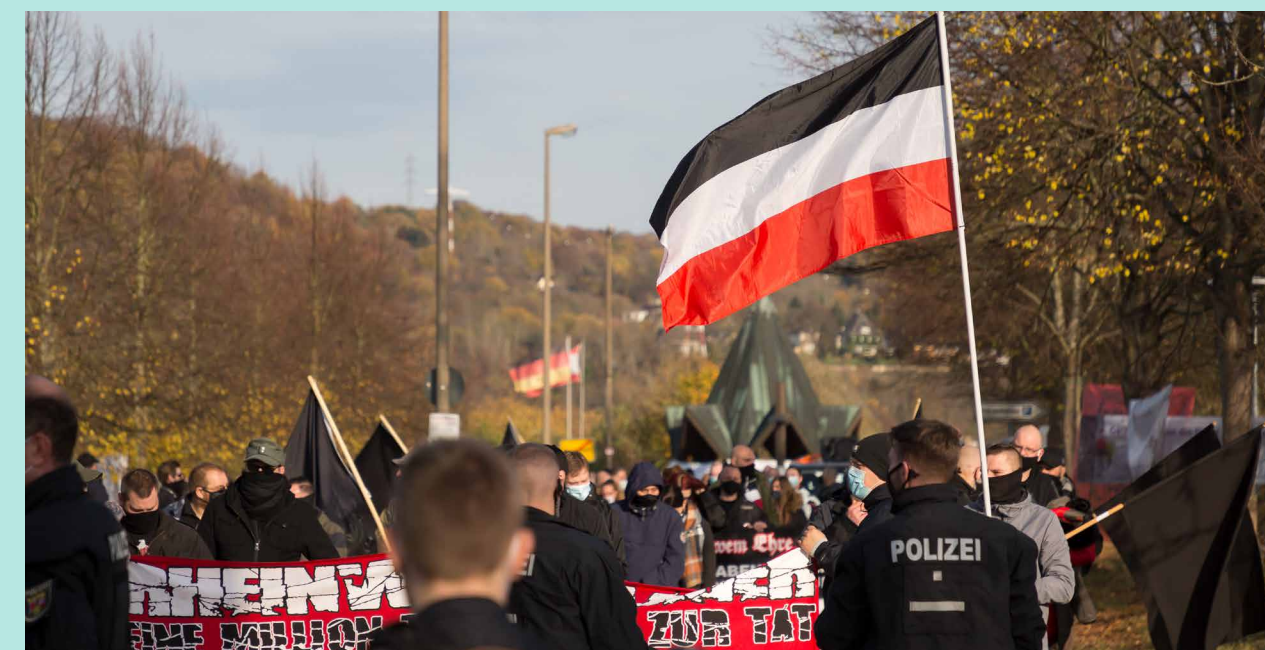
Warum?

Nach außen soll die Versammlung Einigkeit und Entschlossenheit des neonazistischen Milieus demonstrieren. Hier kommen parteiungebundene Kameradschaften mit den Parteien NPD und *Die Rechte* zusammen, die sich sonst häufig uneins sind. Manchmal versucht die Szene auch, durch Flugblattverteilungen oder andere Aktionen die Rheinwiesenlager als Thema zu setzen.

Es überwiegt die nach innen gerichtete Wirkung. Gerade für neu hinzugekommene Rechtsextreme und Zweifler:innen erfüllt die Demonstration eine Identifikationsfunktion. Wer hier mitläuft, taucht tief ein in die nationalsozialistische Mystik, zu der auch eine militärische Aufmarschformation aus geordneten Reihen, Fahmenträger:innen und Trommler:innen gehört. Die omnipräsente Bezugnahme auf die Zeit des Nationalsozialismus und die Verklärung von NS-Täter:innen zu vorbildhaften Held:innen soll die Teilnehmenden an die Szene binden und in ihrem rechtsextremen Weltbild bestärken. Der Aufmarsch ist damit ein verbindendes Event für die Szene.

Wie?

In räumlicher Nähe zur Remagener Friedenskapelle, dem zentralen Gedenkort für die Internierten der Rheinwiesenlager, findet in jedem Jahr der emotionale Höhepunkt des ansonsten stillen Aufmarsches statt: das „Heldengedenken“. Die Teilstreitkräfte der Wehrmacht, manchmal auch der Waffen-SS, werden durch Rufe der Versammelten einzeln symbolisch ins Gedächtnis zurückgerufen. „Ich rufe die Soldaten des Heeres“, sagt ein Redner beispielsweise – und die Versammelten antworten: „Hier!“. Diese Ehrung ist angelehnt an den nationalsozialistischen Totenkult und verdeutlicht das öffentliche Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Damit ist der moralische und politische Bezugspunkt klar.



Neonazis vor der Remagener Friedenskapelle (Foto: Kai Schwerdt)

Über das Engagement des Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie sprachen wir mit Michaela Schmitt.

„Die öffentliche Aufmerksamkeit lässt bei unveränderten Ritualen wieder nach“



Auch 2020 verhüllte das Friedensbündnis die Friedenskapelle (Foto: Max Gerlach)

Was war die beste Aktion Ihres Bündnisses?

Die Verhüllung der Friedenskapelle 2010, weil es Remagens erste Botschaft war, die sich direkt an die marschierenden Rechtsextremen gewendet hat. „Dieser Ort ist nicht für Euch, er wird Euch verwehrt!“, stand auf einer Plane. Die Aktion haben wir in den folgenden Jahren weiterentwickelt. Zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2015 ha-

ben wir die Friedenskapelle im Rahmen eines Kunstprojektes zusammen mit Schüler:innen verhüllt und darauf Wünsche für den Frieden angebracht. Das Projekt hat den Jugendlichen Gelegenheit gegeben, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, die Kapelle als Gedenkort wahrzunehmen und sie auch positiv zu besetzen. Seit 2017 hängen wir großflächige Transparente am Kundgebungsort der Neonazis auf, um ihnen die Deutungshoheit über die Geschich-

te zu nehmen und ihr Pseudogedenken in den tatsächlichen historischen Rahmen einzuordnen. Deswegen steht auf den Transparenten, wie viele Menschen aus den unterschiedlichen Opfergruppen jeweils im Nationalsozialismus ermordet wurden. An Einzelpersonen, die den Nationalsozialisten zum Opfer fielen, erinnern zudem großformatige Fotos in den Fenstern der Hochschule – ebenfalls in unmittelbarer Nähe zur rechtsextremen Versammlung. Mit mehr Zeit würde ich diese Idee gerne noch mal kreativ weiterentwickeln.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Immer da, wo Neonazis ein Denkmal aufsuchen, lässt sich so ein deutliches Zeichen setzen. Die Eigentumsrechte an dem Denkmal sollten geklärt werden und die Eigentümer:innen gegebenenfalls mit im Boot sein. In den ersten Jahren haben wir das Anbringen der Verhüllung als offizielle politische Versammlung angemeldet. Einerseits kann eine solche Aktion zur regelmäßigen Tradition werden. Andererseits lässt die öffentliche Aufmerksamkeit bei unveränderten Ritualen wieder nach. Deshalb ist auch eine Veränderung, eine Weiterentwicklung der Idee wichtig. Selbstkritisch muss ich eingestehen, dass wir im ersten Jahr nicht besonders umweltfreundlich gedacht und Plastik zur Verhüllung genutzt haben. Inzwischen sind wir umweltbewusster.

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechtsextremismus in der Pandemie aus?

In den vergangenen Jahren haben wir versucht, möglichst viele Menschen zu Gegenaktionen zu mobilisieren und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten. Unter Corona-Bedingungen war es nicht leicht, die Beteiligungswünsche umzusetzen. Schon in den Vorbereitungstreffen für 2020 zeichnete sich erfreulicherweise ab, dass es eine Eigendynamik gab, die kaum zu bremsen war. Der Wunsch nach Bühnenveranstaltung und Infomeile dominierten die Planung. Wir haben deshalb zunächst umfangreich geplant, mussten die Pläne dann aber zurückschrauben, um verantwortlich zu handeln.

Wir schauen nun auf eine gelungene Veran-

staltung mit vielen Rede- und Musikbeiträgen zurück. Diese wurden im Vorfeld digital eingereicht und am Tag vor Ort auf großen digitalen Bildschirmtafeln gezeigt. Die Beiträge werden derzeit noch auf einem Youtube-Kanal zusammengestellt. Der Einladung zu einer Menschenkette mit Abstandshaltern sind viele Bürger:innen gefolgt und haben damit Aufmerksamkeit bei der Presse erreichen können.

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Rechtsextreme Einstellungen, menschenfeindliches und uniformes Denken stehen meinem Weltbild komplett entgegen. Wir haben im Kreis Ahrweiler bereits gesehen, was passiert, wenn solchen Ideen nicht zeitig widersprochen wird. Das neonazistische Aktionsbüro Mittelrhein konnte sich mit den ersten Aufmärschen in Remagen szenintern profilieren und im Kreis Ahrweiler Fuß fassen – sogar mit einem eigenen Wohnprojekt.

Unsere Gesellschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten offen und tolerant weiterentwickelt hat, sehe ich im Augenblick massiv durch die oben beschriebenen Einstellungen gefährdet. Das kann und möchte ich nicht akzeptieren.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich wünsche mir mehr Beteiligung von Anwohner:innen. Wir konnten bisher zum Beispiel die Anwohner:innen am Marschweg nicht dazu bewegen, sich durch Plakate und Transparente gegen Rechtsextremismus zu positionieren.

Zwar finde ich das Versammlungsrecht wichtig und verstehe auch, warum der Aufmarsch der Neonazis nicht gänzlich verboten werden kann. Mir fällt aber schwer zu akzeptieren, dass für die Demonstration der Nazis in den letzten Jahren der Ort immer stärker lahmgelegt wird. Straßensperrungen und Staus werfen die Frage auf, ob der Aufmarsch am Ende sogar Rettungswege beeinträchtigt.

Darüber hinaus sollte generell die Aufmerksamkeit auf rechtsextremistische Aktivitäten in der Region gerichtet bleiben. Im Augenblick habe ich das Gefühl, dass diese nachlässt, weil allgemein angenommen wird, dass die marschieren-

den Neonazis von außerhalb kommen und nicht zu Remagen und dem Kreis Ahrweiler gehören. Dieser Wunsch ist auch ein Appell an uns selber, Informationen über rechtsextreme Aktivitäten in geeigneter Weise an relevante Akteur:innen

wie beispielsweise die Bürgermeister:innen der Region zu transportieren.

//



Das Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie wurde 2010 in Reaktion auf die jährlichen Neonazi-Aufmärsche gegründet. Ihm gehören Personen aus Kirchen, Parteien, Vereinen, der Hochschule Koblenz und dem Ausländerbeirat an. 2012 wurde das Friedensbündnis vom Bündnis für Demokratie und Toleranz des Bundesministeriums des Innern und der Justiz für die „Mahnmalverhüllung“ ausgezeichnet.



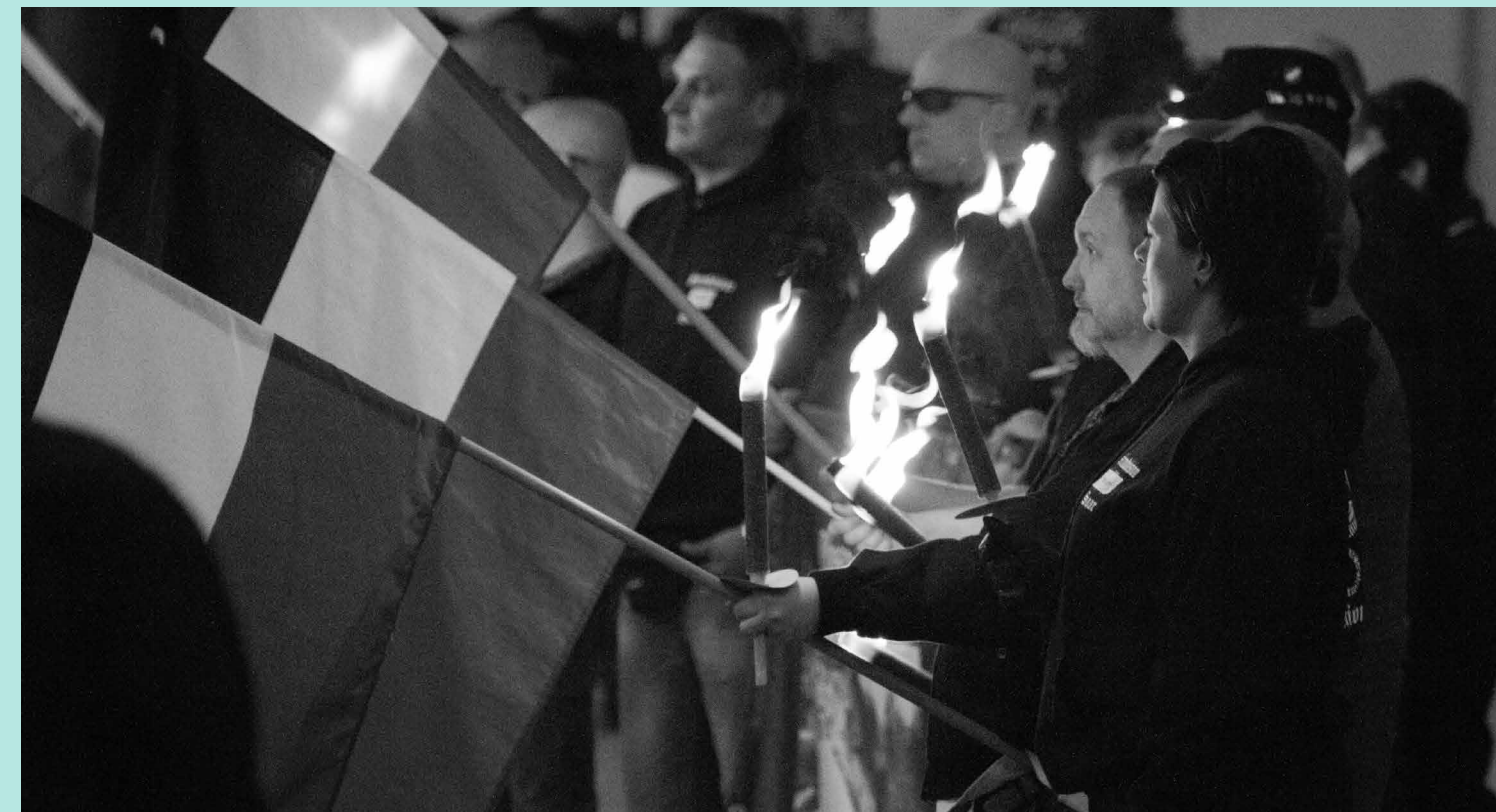
Transparente und Fotos des Friedensbündnisses mahnen auf dem RheinAhrCampus der Hochschule (Foto: Max Gerlach)



Geschichts-revisionismus in Zweibrücken

Mit brennenden Fackeln zieht der *Nationale Widerstand Zweibrücken* (NWZ) am Platz der ehemaligen Synagoge vorbei. Seit 2007 nehmen die Rechtsextremen den Jahrestag der Bombardierung Zweibrückens am 14. März 1945 zum Anlass, den „Massenmord durch die Alliierten am deutschen Volk“ zu beklagen, und demonstrieren in der Rosenstadt. Der Aufmarsch ist damit der am längsten wiederholt stattfindende Neonazi-Aufmarsch in Rheinland-Pfalz.

Anfangs wurde er von rund 100 Teilnehmer:innen besucht, im Jahr 2020 mobilisierte er aber nur noch etwa 15 Demonstrant:innen. Weil das Ordnungsamt im März pandemiebedingt sämtliche Veranstaltungen untersagte, holten die Neonazis ihren Aufmarsch am 19. September 2020 nach. Wie auch in Remagen ist das dominierende Narrativ eine Umdeutung deutscher Täter:innen zu den eigentlichen Opfern und der Alliierten zu Täter:innen des Krieges. ▶



Neonazis demonstrieren in Zweibrücken (Foto: Kai Schwerdt)

Wer?

Der NWZ ist die älteste noch aktive Kameradschaft in Rheinland-Pfalz. Er ist hier eng vernetzt mit der Partei *Die Rechte*, hat Kontakte zur NPD und besucht Neonazi-Aufmärsche in der gesamten Bundesrepublik. 2016 verbot der Bundesinnenminister die *Weisse Wölfe Terrorcrew*; durchsucht wurden in diesem Zusammenhang auch die Wohnungen eines Führungsmitglieds und eines Aktivisten aus Zweibrücken. Laut Bundesinnenministerium habe die Gruppe eine Diktatur nach dem Vorbild des Nationalsozialismus errichten wollen. Anhänger:innen des NWZ hatten sich durch das Tragen entsprechender T-Shirts zu der Gruppe bekannt. Im August 2020 erstach ein langjähriger Aktivist der Kameradschaft im Streit seinen Nachbarn.

Warum?

In ihren Reden beklagen die Neonazis die „Tat der Alliierten“ (Detlef Walk, NWZ) bzw. den „Bombenholocaust“ (Florian Grabowski, *Die Rechte*), wie beispielsweise 2017 am Jahrestag der Bombardierung. Bei ihren Aufmärschen bleiben sie eher unter sich, ihre Außenwirkung ist überschaubar. Umso mehr dient die Versammlung der Selbstvergewisserung und bestärkt die Anwesenden in dem Glauben, Teil einer widerständigen neonazistischen Avantgarde zu sein. „Hier stehen die jungen Kämpfer für ein neues Deutschland“, sagt etwa der Redner Christian Hehl (NPD).

Durch die Teilnahme an regionalen und überregionalen neonazistischen Versammlungen, wie beispielsweise in Kandel und Dresden, profilieren sich die Aktiven der Kameradschaft darüber hinaus innerhalb des rechten Milieus.

Wie?

Zwei Wochen vor dem eigentlichen Aufmarsch ist der NWZ bereits auf „Fahrt der Erinnerung“ und hält Werbe-Kundgebungen in mehreren Städten im Umkreis ab. Angelehnt ist der Name an den „Zug der Erinnerung“, der an die Deportation hunderttausender Kinder in die Konzentrations- und Vernichtungslager erinnert. Während ihrer Kundgebungen beklagen die Neonazis die Bombardierung Nazi-deutschlands, solidarisieren sich mit der Wehrmacht und ehren Otto Carius, einen Zweibrücker Panzerkommandanten, der zeit seines Lebens dem Nationalsozialismus verbunden blieb.

Der Trauermarsch findet dann mit der Unterstützung Gleichgesinnter am Jahrestag der Bombardierung statt und führt mit Fackeln – nach eigenen Angaben „würdevoll und diszipliniert“ – durch die Innenstadt Zweibrückens, vorbei am Denkmal der während der Novemberpogrome 1938 zerstörten Synagoge.



Die **inforex #3** thematisiert den Todesfall in Zweibrücken ausführlicher.



Die „Fahrt der Erinnerung“ machte 2020 etwa in Neunkirchen halt (Foto: Max Gerlach)

Über ihr Engagement sprachen wir mit der Gruppe *Solidarische Rose Zweibrücken*.

„Wir müssen den Nazis ihre Wohlfühlzone streitig machen“



Protestzug der Solidarischen Rose Zweibrücken im Jahr 2017 (Foto: Max Gerlach)

Was war die beste Aktion Ihrer Gruppe?

Unsere erste selbst organisierte Protestaktion gegen den jährlichen Nazi-Aufmarsch im März 2016. Mit selbst gestalteten und heimlich in der Schule und am Arbeitsplatz ausgedruckten Flyern und einem Facebook-Event mobilisierten wir in kurzer Zeit über 100 Leute auf die Straße. Zusammen verhinderten wir, dass Nazis am Jahrestag der Bombardierung Zweibrückens ihren deutschen Opfermythos und den damit verbundenen Nati-

onalismus und Antisemitismus ungestört propagieren konnten. Das war ein tolles Gefühl und seit diesem Tag organisierten wir uns in der Antifa-Gruppe *Solidarische Rose*. Dieser ersten Aktion folgten viele weitere Demos, interessante Vorträge und wilde Soli-Partys.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Vertreter:innen der Zweibrücker Politik und des Ordnungsamtes versuchten wiederholt, die An-

melder:innen unserer Demos einzuschüchtern, und rieten uns, die Nazis zu ignorieren und unseren Protest abzusagen. Immer wieder wurden uns bei Demos und Kundgebungen überzogene Auflagen erteilt. Dies gipfelte 2018 darin, dass eine unserer Kundgebungen durch das Ordnungsamt abgebrochen wurde – rechtswidrig, wie mittlerweile auch das rheinland-pfälzische Innenministerium bestätigt hat. Manche Aktionen meldeten wir deswegen nicht mehr an. Durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt wissen wir, dass alle derartigen Auflagen der letzten Jahre rechtswidrig waren. Währenddessen konnte der *Nationale Widerstand Zweibrücken* (NWZ) ungestraft mit Fackeln am Synagogenplatz vorbeimarschieren und antisemitische Reden schwingen.

Also: Lasst euch auch nicht von Behörden entmutigen, einschüchtern oder ausbremsen! Organisiert euch mit anderen, haltet zusammen, seid solidarisch und sucht kreative Mittel und Wege, eurem Protest Ausdruck zu verleihen und im besten Fall Nazi-Aufmärsche gar nicht erst stattfinden zu lassen!

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechts-Extremismus in der Pandemie aus?

Gerade jetzt gilt es, solidarisch miteinander zu sein, aufeinander aufzupassen und das Infektionsrisiko so gering wie möglich zu halten. Letzten Sommer verzichteten wir deswegen schweren Herzens auf unseren Protest gegen den Nazi-Aufmarsch. Aber nur ein Teil unseres Engagements findet auf der Straße statt. Es geht auch darum, Recherche zu betreiben, zu wissen, was Nazis machen, wer zu ihrem Umfeld gehört, Aufklärungsarbeit zu leisten, Pläne für zukünftige Aktionen zu schmieden und sich mit Gleichgesinnten zu connecten. Diese Aspekte unserer Arbeit verfolgen wir weiterhin.

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Weil es das Richtige ist und Wegschauen für uns keine Alternative ist. Solange Nazis hier marschieren und die Stadt sich nicht aktiv gegen deren Geschichtsrevisionismus stellt, werden wir dagegenhalten müssen. Und wir wollen weiterhin den Finger in die Wunde legen: Zweibrücken gedachte am Jahrestag der Bombardierung auf einer Kundgebung „besonders den Opfern der

Bombenangriffe“ und Schüler:innen lasen fiktive Schauergeschichten aus der Sicht vermeintlicher deutscher Zivilist:innen vor. Damit erweckten sie den Eindruck, der Nationalsozialismus sei erst schlimm geworden, als der Krieg für Deutschland verloren ging. Die Fokussierung auf die Zerstörung der eigenen Stadt und die deutschen Opfer relativiert die Schuld und die Verbrechen der Nazis. Ausgerechnet in einer Stadt, die sich damals voller Stolz brüstete, als erster Gau „judenfrei“ gewesen zu sein. Dieser Verklärung von NS-Täter:innen zu Opfern widersprechen wir lautstark.

Dem stellen wir unser antifaschistisches Engagement gegenüber, wodurch wir Gestaltungsmacht gewinnen und uns weniger ohnmächtig fühlen. Die geeigneten Mittel dafür sind Solidarität untereinander und sich gemeinsam zu organisieren.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Wir bekommen immer wieder zu hören, dass wir „die paar Ewiggestrigen“ doch einfach ignorieren sollen. Im Gegenteil: Die Bürger:innen und Politiker:innen Zweibrückens sollten das Nazi-Problem endlich anerkennen. Statt auf Lippenbekenntnisse zu setzen, muss endlich etwas getan werden, um den Nazis ihre Wohlfühlzone streitig zu machen. Seit Jahren treibt der NWZ hier sein Unwesen. Im August 2020 tötete ein Neonazi seinen Nachbarn, Monate später stand ein ehemaliger Ordnungsbeamter vor Gericht, weil er volksverhetzende Inhalte in sozialen Medien geteilt haben soll. Die Gefährlichkeit der Nazis wird weiterhin häufig relativiert und ignoriert. Die Stadt Zweibrücken gibt sich gerne weltoffen, bunt und aufgeklärt. Wir erleben die Realität hier jedoch ganz anders.

//



Die *Solidarische Rose* engagiert sich in Zweibrücken/Homburg und Umgebung gegen Neonazis und rechtsextreme Ideologien. Dafür organisiert sie unter anderem Proteste, Bildungsveranstaltungen und betreibt Öffentlichkeitsarbeit.



Neonazis demonstrieren in Ingelheim für Rudolf Heß

Adolf Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß flog 1941 nach Großbritannien, um dort Friedensverhandlungen zu führen – nach Mehrheitsmeinung der Historiker:innen auf eigenen Entschluss und nicht im Auftrag des Reiches. Dort wurde er festgenommen und nach Kriegsende in Nürnberg wegen Planung eines Angriffskrieges und Verschwörung gegen den Weltfrieden zu lebenslanger Haft verurteilt. 1987 suizidierte sich der 93-Jährige Heß im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau und kam damit einer Begnadigung zuvor, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker anstrebte. Für Neonazis aber ist der „Friedensflieger“ Heß ein Märtyrer, den die Alliierten ermordet haben. Aus dieser Haltung heraus veranstalten sie ihm zu Ehren Demonstrationen rund um seinen Todestag im August, so auch seit 2019 in Ingelheim.



Neonazis ziehen am 15. August 2021 durch Ingelheim (Foto: Kai Schwerdt)

Wer?

Organisiert werden die jährlichen Aufmärsche vom *Landesverband Südwest* der Partei *Die Rechte*, der auch als *Kameradschaft Rheinhessen* auftritt. Unterstützung erhält er regelmäßig vom *Nationalen Widerstand Zweibrücken* sowie vereinzelt von weiteren Neonazis, vor allem aus dem Saarland und Hessen.

Warum?

Die Demonstrationen nähren die rechtsextreme und wahrheitswidrige Geschichtsschreibung, wonach das nationalsozialistische Deutschland friedensbewegt gewesen und ihm der Krieg von außen aufgezwungen worden sei. Rudolf Heß fällt in dieser Narration die Rolle als Kronzeuge zu, der authentisch versichern soll, in Wirklichkeit habe Großbritannien den Krieg gegen den Willen Deutschlands forciert. Mit seinem Tod wurde der Kronzeuge für Neonazis zum Märtyrer, an dem die Alliierten ihre späte Rache vollzogen hätten. Während Florian Grabowski, seines Zeichens Landesvorsitzender der Partei *Die Rechte*, 2020 in Ingelheim von „mysteriösen“ Todesumständen sprach und die Freigabe geheimer Akten, die Heß' Ermordung belegen sollen, forderte, war sich Parteigründer Christian Worch sicher: „Es war ein eiskalter politischer Mord!“

Den Rechtsextremen ermöglichen die Versammlungen in Ingelheim, nationalsozialistische Opfermythen aufzugreifen und öffentlich zu verbreiten. Sie zielen langfristig auf eine Uminterpretation der nationalsozialistischen Herrschaft; kurzfristig geht es darum, rechtsextreme Akteur:innen unter einem gemeinsamen Anliegen zu vereinen. Dass dieses Ansinnen erfolgreich sein kann, wissen sie, da ihre Versammlungen in der Tradition von Rudolf-Heß-Gedenkmärschen stehen, die 1988 an seinem Grab im oberfränkischen Wunsiedel ihren Anfang nahmen und früh zu den wichtigsten Aufmärschen der Neonazi-Szene zählten.

Wie?

Die Veranstalter:innen konnten bislang nur eine überschaubare Anzahl von Anhänger:innen mobilisieren (2019 etwa 40; 2020 etwa 20). Trotzdem marschieren sie öffentlichkeitswirksam durch Ingelheim, schwenken Fahnen und tragen Transparente. Redner:innen geben die inhaltliche Deutung des Marsches vor.

Weil eine antifaschistische Blockade den Aufmarsch 2020 deutlich verkürzte, marschierten die Neonazis in den beiden folgenden Wochen erneut auf, angeblich um für Demonstrations- und Meinungsfreiheit einzutreten. Auch am 3. Oktober 2020, dem Jahrestag der Deutschen Einheit, kamen Neonazis nach Ingelheim – dieses Mal allerdings, um gegen die Asylpolitik zu demonstrieren.



Die Teilnehmer:innen des Aufmarsches stellen sich in eine nationalsozialistische Tradition (Foto: Max Gerlach)

Mit Dieter Engelhard vom *Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V. (In-RAGE)* sprachen wir über dessen Einsatz gegen Rechtsextremismus.

„Vertrauen bildet die Basis für gemeinsame Aktionen“



„Ingelheimer Stadträte zeigen Gesicht“ – eine gemeinsame Protestaktion am 22. August 2020 (Foto: In-RAGE)

Was war die beste Aktion Ihres Bündnisses?

In den Jahren 2019 und 2020 fanden mehrere rechte Aufmärsche beziehungsweise Kundgebungen in Ingelheim statt. Mit sehr unterschiedlichen Aktionen hat In-RAGE zusammen mit anderen Organisationen und Institutionen, mit Vereinen und Verbänden, mit Glaubensgemeinschaften und der Stadtgesellschaft jeweils darauf reagiert. Hervorsticht eine gemeinsame Aktion der Ingelheimer Stadträt:innen von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FWG/BLH und Die Linke im August 2020. Weil erneut eine rechtsextreme Versammlung statt-

fand, positionierten sich die Stadträt:innen auf einer gemeinsamen Versammlung und zeigten sich mit einem großen gemeinsamen Transparent, auf dem stand: „Ingelheimer Stadträte zeigen Gesicht. Rechtspopulismus und Aufmärsche von Gruppen mit rechtsradikalem Hintergrund, die mit Nazisymbolen agieren und Erinnerungen an Naziverbrechen wachhalten wollen, sollen in Ingelheim keinen Platz haben und keine Chance bekommen, die gelebte Offenheit und Toleranz zu gefährden.“ Diese gemeinsame Aktion hatte In-RAGE angeregt.

Voraus ging ihr im Juni 2020 eine Resolution des Stadtrats, der sich gegen rechtsextreme Versammlungen positionierte. Die Aktion ist somit das Er-

gebnis eines öffentlichen demokratischen Diskurses, der insofern auch ein gewisses Maß an politischer Nachhaltigkeit und Breitenwirkung erzielte.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Ein wichtiger Baustein war die vermittelnde Rolle von In-RAGE im Vorhinein. Als Bündnis sind wir seit vielen Jahren in Ingelheim aktiv und gut vernetzt. Mit regelmäßigen Infoständen, Ausstellungen, kulturellen Veranstaltungen – unter anderem „Ingelheim rockt gegen Rechts“ –, Gedenkarbeit – Stolpersteinen –, Informations- und Diskussionsabenden ist das Bündnis regelmäßig in der Stadt präsent und wird als Akteur:in wahrgenommen und unterstützt.

Seit geraumer Zeit veranstalten wir zudem Workshops zum Umgang mit Rechtsextremismus und rechten Aufmärschen, an denen neben den lokalen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft auch solche aus Politik, Verwaltung und Polizei sowie Akteur:innen anderer Kommunen beteiligt sind. Sehr deutlich wird dabei, wie wichtig Kooperation, Kommunikation und Information sind. Hier erlangtes Vertrauen bildet die Basis für gemeinsame Aktionen. Verkannt werden darf gleichwohl nicht, dass gerade bei Gegendemonstrationen die Akteur:innen unterschiedliche Sichtweisen und Handlungsspielräume, Aufgaben und Rollen einnehmen, die auch nicht immer miteinander vereinbar sind. Das daraus resultierende Konfliktpotenzial lässt sich nur durch regelmäßigen, offenen und respektvollen Umgang miteinander reduzieren.

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechtsextremismus in der Pandemie aus?

Coronabedingte Auflagen haben in den vergangenen Monaten die Aktivitäten von In-RAGE deutlich eingeschränkt; Bündnistreffen und Infostände konnten kaum noch durchgeführt werden. In kleinen Gruppen und Konstellationen haben aber – digitale – Kreativtreffen stattgefunden, deren Ergebnisse zu gegebener Zeit präsentiert werden. Ziel ist es, sowohl in den sozialen Medien stärker präsent zu sein, als auch zukünftig mit eigenen Bildern stärker wahrgenommen zu werden. Wir wollen Ingelheim auch und gerade im Zusammenhang mit den Aufmärschen der Rech-

ten als bunt und weltoffen präsentieren.

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Der individuelle und der gemeinsame Umgang mit der Pandemie machen sehr deutlich, wo die Probleme und die Schwachstellen unserer Gesellschaft sind. Empathie und Engagement sind mehr gefordert denn je, und – materieller – Verzicht sollte zur persönlichen und zur politischen Zielvorgabe werden.

Ich möchte weiterhin meinen Beitrag leisten für ein tolerantes und gewaltfreies Miteinander, für eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, für eine bunte Stadtgesellschaft und für kommunale Kultur.



In-RAGE protestiert am 20. April 2019 in Ingelheim (Foto: Kai Schwerdt)

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Ich wünsche mir für Ingelheim zunächst einen aktiven und progressiveren Umgang von Politik, Verwaltung und Polizei mit rechten Aktivitäten im Netz und auf der Straße und später vor allem – wieder – bunte Plätze und entspannte und lachende Menschen.

//



Das überparteiliche Bündnis In-RAGE gründete sich 2001, um für Toleranz, Solidarität und Mitmenschlichkeit einzutreten. Es organisiert dazu unter anderem Demonstrationen, Infostände, Informationsabende, Ausstellungen sowie Kulturveranstaltungen und bringt sich in die Gedenkarbeit ein.



Trier stellt sich gegen NPD-Kundgebungen

Am 22. September 2011 schließt der Trierer Stadtrat den NPD-Abgeordneten Safet Babic aus. Babic ist vorher vom Landgericht Trier wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden, weil er sich im Kommunalwahlkampf 2009 an einer Prügelei mit drei Personen beteiligte, die zuvor NPD-Wahlplakate abgerissen hatten. Für jede weitere Stadtratssitzung, an der er nicht als Abgeordneter teilnehmen dürfe, kündigt Babic eine Kundgebung in Trier an. In den folgenden Monaten und Jahren marschieren regelmäßig Neonazis zu Kundgebungen und Demonstrationen auf. In den letzten Jahren tritt Babic Veranstaltungen demokratischer Parteien auch als Einzelkämpfer mit Trillerpfeife entgegen.



Safet Babic (NPD) spricht bei einer Demonstration in der Trierer Innenstadt, Florian Grabowski (*Die Rechte*) hält das Megafon (Foto: Max Gerlach)

Wer?

Bei der Kommunalwahl 2014 verpasst die NPD mit Babic den Wiedereinzug in den Stadtrat. Im Januar 2015 urteilt das Bundesverwaltungsgericht, dass sein Ausschluss aus dem Stadtrat 2011 nicht rechtmäßig gewesen ist, weil hierfür die Funktionsfähigkeit des Rates infolge der Straftat konkret hätte gefährdet sein müssen.

Zu seinen Versammlungen kann Babic selten mehr als eine Handvoll Mitstreiter:innen aus Trier mobilisieren. Unterstützung leisten zunächst der *Nationale Widerstand Zweibrücken*, die NPD Westpfalz und die *Sturmdivision Saar*. Nachdem Babic in der rechtsextremen Szene zwischenzeitlich weitgehend isoliert war, gibt es seit 2020 eine stärkere Kooperation der NPD mit dem Landesverband Südwest der Partei *Die Rechte*.

Warum?

Notgedrungen ersetzt Babic den vorerst verlorenen „Kampf um die Parlamente“ durch den „Kampf um die Straße“. Nach innen und außen sendet er die Botschaft, sich nicht unterkriegen zu lassen. Stattdessen setzt er auf maximale Provokation, indem er Versammlungen häufig für geschichtsträchtige Daten anmeldet, wie den 27. Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus), den 20. April (Geburtstag von Adolf Hitler), den 8. Mai (Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus) und den 9. November (Jahrestag der Pogromnacht).

Wie?

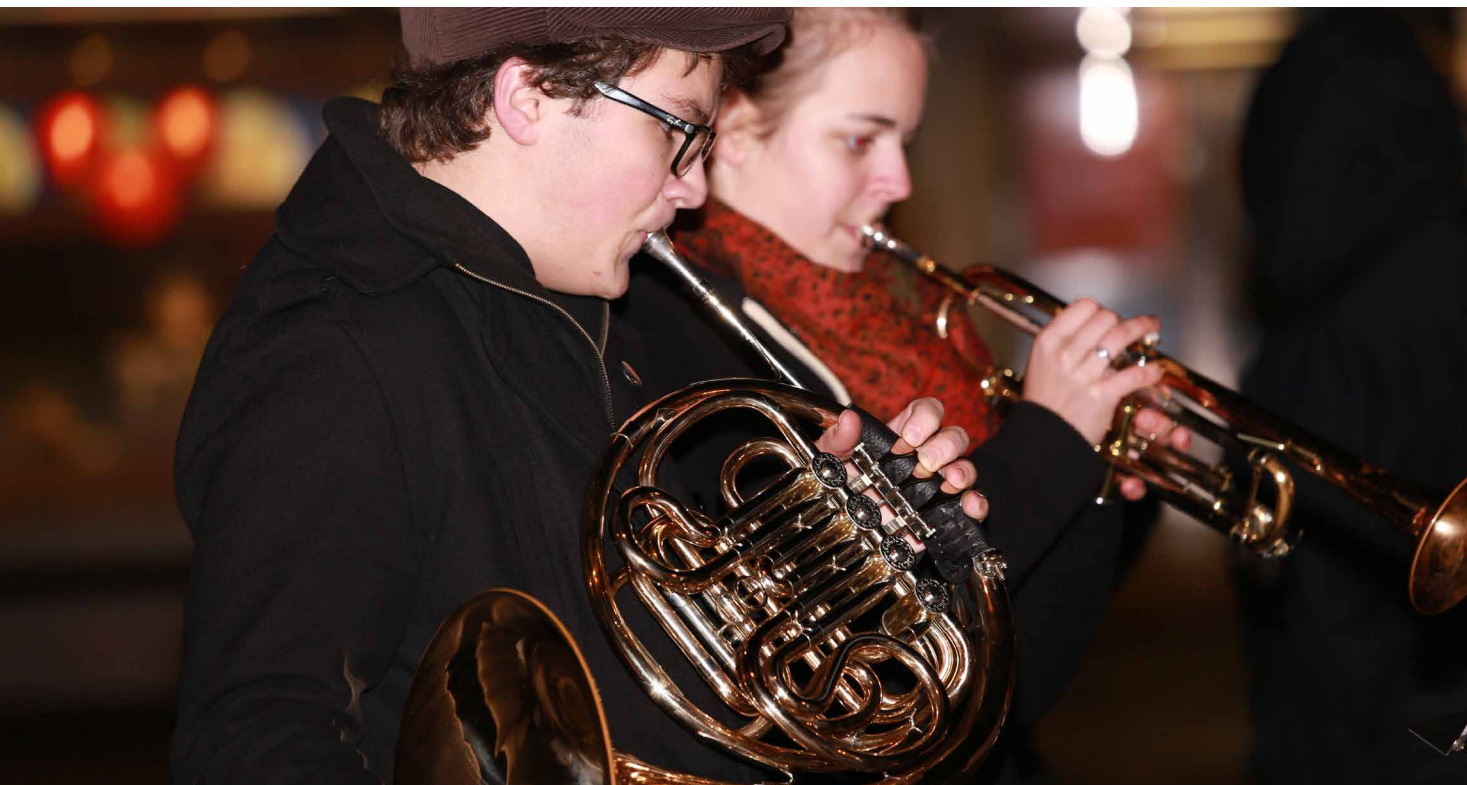
Üblicherweise hält Babic stationäre Kundgebungen mit einem Lautsprecherwagen an öffentlichen Plätzen wie vor der Porta Nigra, dem Hauptbahnhof und vor am Stadtrand gelegenen Unterkünften Asylbegehrender ab. Gegendemonstrant:innen müssen sich manchmal auf lange Wartezeiten einstellen, bis die NPD-Anhänger:innen ankommen. Zwischen Redebeiträgen läuft Rechtsrock. Seit 2015 setzt Babic auch ohne größere Unterstützung von außen seine Strategie der Provokation fort, etwa indem er nunmehr alleine mit Trillerpfeife beispielsweise eine Podiumsdiskussion der demokratischen Kandidat:innen zur Bundestagswahl 2017 stört; oder indem er gegen die Stadt klagt.



NPD-Kundgebung anlässlich des Besuchs des Bundespräsidenten Joachim Gauck am 3. September 2014 in Trier (Foto: Max Gerlach)

Über Gegenaktionen sprachen wir mit Thomas Kupczik, dem Vorsitzenden des Vereins *Für ein buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts*.

„Posaunen und Trompeten lassen sich vom Ordnungsamt nicht herunterregeln“



Blasmusik war im Dezember 2013 Teil einer Protestaktion in Trier (Foto: Philipp Reichert)

Was war die beste Aktion Ihres Vereins?

Safet Babic hat für die Trierer NPD in den letzten Jahren immer wieder Kundgebungen an symbolträchtigen Tagen angemeldet. Neben rassistischen Redebeiträgen dröhnte dann auch rechte Musik durch die Lautsprecherbox. Der Verein *Für ein Buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts* hat daraufhin sein Musikprogramm bei den Gegenkundgebungen dem Tag entsprechend angepasst. Am 9. November 2018 hatten wir zum Beispiel jiddische Musik ausgesucht, die während des zweistündigen

Gegenprotests zwischen den Redebeiträgen abgespielt wurde. Bei einer Gegenkundgebung kurz vor Weihnachten haben wir alle Musiker:innen mit Blasinstrument aufgefordert, sich an einem Weihnachtslieder-Singen zu beteiligen. Die laute Blasmusik übertönte die rechte Hetze und Musik der NPD auf dem Bahnhofsvorplatz in Trier sehr gut.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Für nicht ganz so laute Blasinstrumente, zum Bei-

spiel Querflöte, sollten ein Mikrofon und eine Lautsprecheranlage zur Verfügung stehen. Zum Teil verlangt das Ordnungsamt eine Reduzierung der Lautstärke der Verstärkeranlage – Posaunen und Trompeten lassen sich aber nicht herunterregeln.

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechtsextremismus in der Pandemie aus?

Den sogenannten Stadtspaziergängen der Verschwörungsideolog:innen im Mai 2020, also nicht angemeldeten Demos mit circa 60 bis 120 Teilnehmer:innen, stellten wir uns mit einer angemeldeten Demo in der Fußgängerzone in den Weg. Die „Spaziergänger“ mussten auf Anweisung der Polizei in eine wenig belebte Nebenstraße ausweichen. Nach zwei Aktionen dieser Art schrumpfte die Zahl der Corona-Leugner:innen auf eine kleine Gruppe von 10 bis 15 Personen, die zwar noch immer montags spazieren gehen, aber angesichts der kleinen Zahl in der Fußgängerzone überhaupt nicht mehr auffallen.

Es zeigte sich jedoch anfänglich eine gewisse Unsicherheit in der Zivilgesellschaft im Umgang mit diesen Demonstrationen der sogenannten *Corona-Rebellen*. Den Menschen fiel es schwer, dieses anfänglich sehr heterogene Spektrum einzuordnen. Und wir mussten dazu noch eine Strategie entwickeln, wie wir unter Einhaltung aller Hygienemaßnahmen den Gegenprotest gestalten können. Hierfür stellte es sich zum Beispiel als hilfreich heraus, die Versammlungsfläche zu markieren und die Teilnehmenden in Reihen aufzustellen. So konnte der Abstand sehr gut gewahrt werden und die Menschen hatten eine Orientierung, wenn sie zur Demo dazukamen. Insgesamt hat sich im Umgang mit den selbst ernannten Rebellen gezeigt, dass es wirkungsvoll ist, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen und Bündnisse zu gründen.



Protest gegen Corona-Leugner:innen im September 2020 (Foto: Max Gerlach)

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Unsere Demokratie und die bunte, vielfältige Gesellschaft müssen aktiv gegen rechte Hetze und völkisches Denken verteidigt werden. Das erfordert den engagierten Einsatz möglichst aller Demokrat:innen. Es darf in Deutschland und anderswo keine „national befreiten Zonen“ geben, in denen die Menschen aus Angst vor den Rechten es nicht mehr wagen, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Das Engagement gegen rechts dürfen wir dabei nicht an die Opfer rechter Hetze und Gewalt delegieren. Die Gesellschaft muss gegen Antisemitismus ankämpfen, das ist nicht vorrangig die Aufgabe der jüdischen Bürger:innen. Alle Demokrat:innen müssen Rassismus entgegentreten, das ist nicht vorrangig die Aufgabe der People of Color in Deutschland.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Wünschenswert wäre es, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen, Parteien, die Verwaltung und insbesondere die Polizei der Strategie zustimmen würden, den rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Gruppen klare Kante zu zeigen. Immer wieder müssen wir uns anhören, dass es doch besser wäre, die Rechten gar nicht zu beachten. Dann würden sie schon allmählich von alleine verschwinden. Diese Erwartung ist falsch, denn nur ein energischer Gegenprotest hält lose Sympathisant:innen der Rechten davon ab, sich zu beteiligen. Das zeigen auch Untersuchungen des Politikwissenschaftlers Professor Uwe Jun von der Trierer Universität, der den Umgang mit rechten Kräften in vielen europäischen Ländern untersucht hat. Sein Ergebnis war eindeutig: Klare Kante gegenüber den Rechten zu zeigen, ist die erfolgsversprechendste Strategie.

//



Der Verein *Für ein buntes Trier – gemeinsam gegen Rechts* wurde im Sommer 2012 gegründet, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus in der

Stadt zu bündeln und Interessierten Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten. Ihm gehören Einzelpersonen, Vereine und Parteien an.



Wittlich wehrt sich gegen „Corona-Rebellen“

Fast jeden Sonntag bietet sich in Wittlich das gleiche Bild: Ein Dutzend *Corona-Rebellen* demonstriert unter Missachtung von Abstands- und Hygieneregeln gegen Maskenpflicht, Lockdown und die angeblich kommende Diktatur. Ihnen gegenüber stehen drei Mal mehr Demonstrant:innen, die sich gegen die Verharmlosung der Corona-Pandemie und das Verbreiten von Fake News und Verschwörungserzählungen wenden; dazwischen Polizei und Ordnungsamt.



Eine Protestaktion des Wittlicher Bündnisses gegen *Corona-Rebellen* am 13. Dezember 2020 (Foto: Max Gerlach)

Wer?

Für die nächsten drei Jahre hat Marina Peil-Wendling Kundgebungen in Wittlich angemeldet. Organisatorische Unterstützung bekommt sie teilweise auch aus Nordrhein-Westfalen, die meisten Demonstrant:innen kommen aber aus dem Großraum Wittlich.

Warum?

Die Kundgebung der *Rebellen* ist darauf ausgerichtet, von außen wahrgenommen zu werden. Tatsächlich sind es aber die immer gleichen Schaulustigen, die das Ritual verfolgen. Faktisch erfüllt die Versammlung für die *Rebellen* eher den Zweck der Selbstvergewisserung darüber, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Ihr Versammlungsmotto „Für Souveränität, Frieden & Freiheit & Gleichheit“ konkretisieren sie auf ihrem Werbeflyer dahin gehend, gegen Kontaktverbote, Abstandsgebote, Einreisebeschränkungen, die Schließung von Schulen, Kitas und der Gastronomie, das Denunzieren von Nachbar:innen, Gottesdienstverbote sowie harte Sanktionen bei Verstößen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu sein. Kurzum: Sie sind allgemein gegen die zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen.

Wie?

Mehr Schilder als Demonstrierende prägen die Außenwirkung der Versammlung auf dem zentralen Platz an der Lieser. Neben naheliegenden Sprüchen gegen die Corona-Maßnahmen setzen andere auf maximale Provokation – ein Schild zeigt einen Sklaven mit einer „Máscara de flandres“. Mittels dieser Maske wurden Sklav:innen im kolonialen Brasilien gefoltert, indem sie die Menschen daran hinderte, Nahrung zu sich zu nehmen. Der Macher mit dem Spitznamen „Schilder-Heinz“ versteht seinen Auftritt als eine antirassistische Anklage, da er in der heutigen Mund-Nasen-Bedeckung die Wiederkehr kolonialer Unterdrückungsmethoden sieht. Auch Organisatorin Peil-Wendling wohnt sich im Widerstand gegen Totalitarismus, trägt das Konterfei Sophie Scholls auf einem Pullover und stellt sich selbst und ihr Engagement so in die Tradition der antifaschistischen Widerstandskämpferin. Mittels Lautsprechern wenden sich die *Corona-Rebellen* an die Öffentlichkeit, selten verteilen sie Flugblätter an Passant:innen. Manchmal versammelt sich parallel dazu am Busbahnhof eine zweite Gruppe von Corona-Skeptiker:innen.



Ein typischer Anblick in Wittlich: *Corona-Rebellen* demonstrieren in der Innenstadt (Foto: Max Gerlach)

„Demonstrationen sind hier eine Seltenheit“



Protest des Wittlicher Bündnisses am 11. Oktober 2020 (Foto: Max Gerlach)

Was war die beste Aktion Ihres Bündnisses?

Am 25. Oktober 2020 hatten gleich zwei verschiedene Gruppen von sogenannten *Corona-Rebellen* parallel Veranstaltungen in Wittlich angemeldet. Somit bestand für unser gerade neu gegründetes Bündnis und unseren Kooperationspartner, die *Antifa Trier*, die Aufgabe darin, unsere Ressourcen sinnvoll zu splitten.

Wir mussten die Stimmung von beiden Demonstrationen genau im Blick halten und uns dazu in zwei Teams aufteilen. Wenn es auf einer der Demos von rechter Seite Zulauf gab, mussten wir direkt reagieren. Dazu liefen Einzelne zwischendurch von

der einen zur anderen Demo – wenn dort spontan mehr Hilfe benötigt wurde. Dafür mussten wir uns sowohl im Vorfeld als auch am Demo-Tag selbst präzise absprechen. Mit Erfolg: Wir konnten den *Corona-Rebellen* die Verbreitung ihres menschenverachtenden Weltbildes erschweren.

Was sollten Nachahmer:innen dieser Aktion bedenken?

Vorab: Wir haben im ländlichen Raum einen Sonderfall. Demos bzw. Formen des Gegenprotests sind hier eine Seltenheit. Wittlich war auf die *Corona-Rebellen* nicht vorbereitet. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten. Erstens: Menschen auf die sich ergebende Problematik aufmerksam zu machen.

Zweitens: Mitstreiter:innen zu gewinnen. Drittens: Ein Netzwerk aus verschiedensten (politischen) Akteur:innen aufzubauen, um inhaltlich fundiert und organisatorisch gut aufgestellt agieren und Informationen austauschen zu können. Wir wollen ein möglichst breites Publikum ansprechen, unsere eigenen Positionen sicher und öffentlichkeitswirksam darstellen. Dafür hat sich ein Mix aus kreativen Protestformen bewährt: Banner, Plakate, Straßenkunst – dazu die Präsentation von „Hard Facts“ zum politischen Gegner und dessen Position. Dabei ist es aus unserer Sicht unerlässlich, auf Know-how von erfahrenen Gruppen wie der *Antifa Trier* zur Vernetzung rechter Protagonist:innen und Offenlegung ihrer Strukturen zurückzugreifen und die Hilfe der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* in Anspruch zu nehmen.



„Lieber informiert und desinfiziert als desinformiert und infiziert!“ (Foto: Max Gerlach)

Wie sieht Ihr Protest gegen Rechtsextremismus in der Pandemie aus?

Selbstverständlich achten wir auf unseren Demonstrationen sehr genau darauf, dass Masken getragen und Abstände eingehalten werden. Um uns für unseren Protest intern abzustimmen und weiterhin Öffentlichkeit für den Kampf gegen rechts zu schaffen, haben wir unsere Arbeit in Richtung digitale Vernetzung und soziale Medien verlagert. Darüber hinaus nutzen wir die Pandemie für interne Weiterbildungen, die natürlich auch online stattfinden.

Warum engagieren Sie sich weiterhin?

Unsere Arbeit bezieht sich bislang ausschließlich auf die *Corona-Rebellen*. Das wird nicht ausreichen, um den weiter aufkommenden rechten Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzutreten zu können. Lässt man die rechtsextreme Propaganda unkommentiert, schafft man eine Normalität, die

für die Betroffenen rechter Gewalt längst schon zu einem Albtraum geworden ist – was nicht zuletzt Anschläge wie die in Halle und Hanau gezeigt haben. Wir müssen langfristig unseren Beitrag dazu leisten, gegen rechts zu mobilisieren, und auf die Straße gehen. Unser Ziel ist es daher, dauerhaft antifaschistische Arbeit in Wittlich zu etablieren.

Darüber hinaus denke ich persönlich, dass rechte Bewegungen die Kritik an den Corona-Maßnahmen für sich vereinnahmt haben. Wir müssen mit einem solidarischen Programm im Umgang mit der Pandemie dagegenhalten. Leider werden viele Menschen vergessen, die Hilfe dringend bräuchten. Mein bester Freund etwa gehört zur Risikogruppe und arbeitet in der Pflege. Auch an seinem Arbeitsplatz ist Corona ausgebrochen. Die Folge: unzählige Überstunden, schlechte Arbeitsbedingungen und im Endeffekt komplette Erschöpfung des Personals. Wir müssen stärker wahrnehmen, wer durch die Politik der Regierung momentan die Hauptlast trägt, solidarische Krisenlösungen erarbeiten und einfordern.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Wittlich muss wieder zu einem Ort ohne rechte Hetze, braunes Gedankengut, Antisemitismus, Rassismus und alle weiteren Formen von Diskriminierung werden. Wir wollen, dass das bereits initiierte gesellschaftliche Bündnis unter Einbeziehung politischer Akteur:innen vor Ort weiter wächst.

In Bezug auf die Demos und Lichtermärsche unseres politischen Gegners, der Auflagen zum Schutz der Bevölkerung und Eindämmung der Corona-Pandemie ignoriert, fordern wir ein konsequenteres Vorgehen seitens der Behörden. Dazu gehört nicht nur, solche Veranstaltungen aufzulösen, sondern auch, sie zu räumen.

//



Das Bündnis *Solidarisches Wittlich* hat sich im Sommer 2020 gegründet und organisiert seither Proteste gegen die *Corona-Rebellen* und ihre menschenfeindlichen Botschaften. Ihm gehören unter anderem Bürger:innen, Parteien und Religionsgemeinschaften an.

// Handeln statt hoffen!

Empfehlungen, um rechtsextremen Aufmärschen entgegenzutreten

von Melissa Kinner



Eine Stadt zeigt Neonazis ihren Protest (Foto: Max Gerlach)

„Breite und Entschlossenheit“ braucht es laut Professor Fabian Virchow, um den Bewegungsspielraum der extremen Rechten einzuschränken und ihren Aktivitäten etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen rechtsextreme Aufmärsche zunächst als Angriff auf die Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Menschen erkannt und ernst genommen werden, damit anschließend Verbündete für Gegenprotest gesucht und Gegenstrategien entwickelt werden können.

Rechtsextreme Aufmärsche und Kundgebungen erfüllen im Wesentlichen drei Funktionen: Sie sollen Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit für die Themen der jeweiligen Akteur:innen herstel-

len und so für die Verbreitung rechtsextremer Ideologie über deren eigene Kreise hinaus sorgen; sie sollen Mitstreiter:innen mobilisieren, vernetzen, zusammenhalten und so letztlich der Selbstvergewisserung dienen; sie sollen Stärke, Entschlossenheit und Macht demonstrieren, etwa um politische Gegner:innen einzuschüchtern und kritische Berichterstattung zu verhindern.

Welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft, etwas gegen die öffentliche Aufmerksamkeit, die Selbstvergewisserung und die Machtdemonstration der Rechtsextremen zu unternehmen? Die kreativen Ideen und Erfahrungen unserer Interviewpartner:innen nehmen wir als Ausgangs-

punkt, um im Folgenden exemplarisch einige grundsätzliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. Die Liste erhebt weder einen Anspruch auf Vollständigkeit, noch handelt es sich hierbei um Musterlösungen. Sie soll vielmehr Anstoß und Inspiration bieten für weitere erfolgreiche Aktionen.

Öffentliche Aufmerksamkeit

- ✓ Breiten Protest auf die Straße bringen, um Rechtsextremen möglichst wenig Raum und Öffentlichkeit in der Stadt zu bieten.
- ✓ Bündnisse und andere zivilgesellschaftliche Akteur:innen miteinander vernetzen und durch entschlossenen Protest eine Gegenöffentlichkeit für die eigenen Themen und Standpunkte herstellen.
- ✓ Durch offene Briefe, Pressearbeit und Social-Media-Postings Aufmerksamkeit für den Gegenprotest und die Ideen demokratischer Freiheit und Gleichheit schaffen.
- ✓ Kreativer Protest kann helfen, aus eingefahrenen Demoroutinen auszubrechen: antifaschistische Spendenläufe, überregionale Sternfahrten, riesige Transparente, laute Musikdarbietungen, eigene Großflächenplakate, temporäre Straßenkunst, Aufführungen von Straßentheater, Flashmobs, etc.

Selbstvergewisserung

- ✓ Durch eigene breite Mobilisierung den Neonazis schon im Vorhinein klarmachen, dass sie und ihre Positionen nicht erwünscht sind und auf zahlreichen Gegenprotest stoßen werden.
- ✓ Auf die Löschung rechtsextremer Mobilisierung dienender Beiträge in Social Media hinwirken und deren Inhalten widersprechen, um so unentschlossene Mitleser:innen aufzuklären.
- ✓ Die Versammlungsbehörde über den identitätsstiftenden Charakter von rechtsextremer Kleidung, Symbolen und Gestus aufklären und sie so zur Erteilung strikter Auflagen ermutigen, die etwa das Tragen von Uniformen und Zurschaustellen von Symbolen bei Versammlungen untersagen können.
- ✓ Durch gemeinsame Aktionen mit Ausstiegsorganisationen Zweifel unter den Demonstrierenden säen und für Ausstiegswillige Alternativen aufzeigen, etwa durch Transparente und Flyer.

Machtdemonstration

- ✓ Solidarität zeigen mit Betroffenen der neonazistischen Demonstration (z. B. Bewohner:innen von Flüchtlingsheimen, jüdischen Gemeinden, linken Treffpunkten). Dafür kann es sinnvoll sein, im Sinne einer Schutzintervention, die eigene Demonstration spontan beispielsweise in die Nähe von Flüchtlingsheimen zu verlegen.
- ✓ Besetzen sensibler Orte auf der Neonazi-Route (z. B. Flüchtlingsheime, Synagogen) durch eigene Versammlungen oder gemeinsame Feste.
- ✓ Die Versammlungsbehörde dahin gehend sensibilisieren, dass sie den öffentlichen Frieden sichert, indem sie den Neonazis die Verlegung der Route weg von sensiblen Orten auferlegt und ihnen militantes Auftreten untersagt.
- ✓ Polizei und Versammlungsbehörde zur konsequenten Ahndung von Gesetzes- und Auflagenverstößen (z. B. §§ 86a, 130 StGB) ermutigen.

Ob Proteste ihr Ziel erreichen, hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa: Funktioniert die Abstimmung unter den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen? Hat die Aktion die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft sinnvoll genutzt und die beabsichtigte Wirkung erzielt? Was gilt es bei kommenden Protesten zu beachten? Zu einer guten Aktion gehört also auch eine anschließende Reflexion.

Gerne steht Ihnen die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* bei der Planung und Reflexion von Gegenprotesten mit Rat zur Seite.

//



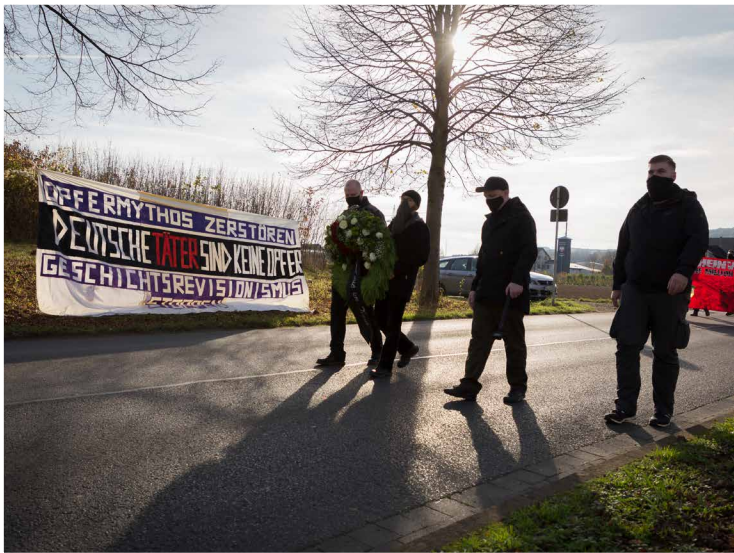
Melissa Kinner ist Teil der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz*.



Gegendemonstrant:innen erinnern an Opfer des Nationalsozialismus in Trier (Foto: Max Gerlach)



Nazi-Gegner:innen protestieren gegen einen Nazi-Aufmarsch (Foto: Kai Schwerdt)



Antifaschistische Banner zieren die Route von Neonazis (Foto: Kai Schwerdt)



Rapper Kutlu Yurtseven führt eine Demonstration an (Foto: Max Gerlach)



Eine Anwohnerin zeigt ihren Protest (Foto: Max Gerlach)



Pandemiekonformer kreativer Protest (Foto: Kai Schwerdt)



Neonazis beteiligen sich unfreiwillig an einem antifaschistischen Spendenlauf (Foto: Max Gerlach)



Protest gegen einen NPD-Aufmarsch (Foto: Max Gerlach)



Senior:innen protestieren gegen Rechtsextreme (Foto: Max Gerlach)



Bunter und lauter Protest gegen Rechtsextremismus (Foto: Max Gerlach)

// Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Möglichkeiten und persönlicher Wünsche entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot ist aufsuchend und kostenfrei.

Die Unterstützung ...

... erfolgt zum Beispiel bei folgenden Anlässen:

- Rechtsextreme verbreiten Flugblätter, schmieren Parolen oder verkleben Sticker
- Neonazis treffen sich, planen Demonstrationen oder organisieren Veranstaltungen
- Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen machen Stimmung gegen Geflüchtete oder Musliminnen und Muslime
- Rechtsextreme mieten oder erwerben Immobilien
- Personen verbreiten Verschwörungsideologien
- in der Schule, im Betrieb oder im Privaten äußern sich Menschen antisemitisch oder rassistisch
- Journalistinnen und Journalisten, Amts- und Mandatstragende, ehrenamtlich Engagierte oder Personen der Öffentlichkeit werden belästigt, bedroht oder bedrängt
- zivilgesellschaftlich Aktive möchten sich gegen Rechtsextremismus engagieren, stoßen dabei aber auf Probleme
- Organisationen, Institutionen oder Einrichtungen wollen ihre Handlungskompetenzen gegen Rechtsextremismus ausbauen

... richtet sich unter anderem an folgende Zielgruppen:

- Einzelpersonen
- Initiativen, Bündnisse, Runde Tische
- Vereine, Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Träger, Gewerkschaften, Parteien
- Religionsgemeinschaften
- Unternehmen und Ausbildungsbetriebe
- Schulen, Kindertagesstätten, Aus- und Weiterbildungsstätten
- Kommunale Gremien und Verwaltungen

... besteht beispielsweise aus:

- der fallbezogenen Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten und Lösungsstrategien mit einzelnen Beratungsnehmenden oder Gruppen
- der Begleitung und Beratung von Einzelpersonen, Bündnissen, Initiativen und Institutionen bei
 - ▶ der Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren
 - ▶ der Planung, Durchführung und Öffentlichkeitsarbeit von Veranstaltungen
 - ▶ Moderation von Gesprächsrunden und Veranstaltungen
 - ▶ Auswertung von Aktionen
- der Vermittlung von Fachwissen, etwa durch
 - ▶ Vorträge über Rechtsextremismus und -populismus
 - ▶ Workshops zur Sensibilisierung und zum kritischen Umgang mit Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit
 - ▶ Vermittlung von externen Referentinnen und Referenten sowie Experten und Expertinnen
 - ▶ Hintergrundgesprächen

Die Beratung hat das Ziel die Beratungssuchenden in ihrer Handlungsfähigkeit gegen menschenfeindliche Überzeugungen wie Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus zu stärken. Sie ist menschenrechtsorientiert und steht für eine freie individuelle Entfaltung ohne Diskriminierung ein.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird gefördert vom Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“ und koordiniert vom **Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz**, welches im **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung** verortet ist. Die Beraterinnen und Berater verfügen über unterschiedliche berufliche Qualifikationen und sind durch Aus- und Fortbildungen thematisch spezialisiert. Sie sind in ihrer Region bei zivilgesellschaftlichen Trägern angestellt, die Teil des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz sind.

Landeskoordinierungsstelle
Tel.: 06131 / 967 185
demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

Westerwald/Altenkirchen
Tel.: 0172 / 18 56 261
beratungsknoten-ww@lsjv.rlp.de

Koblenz/Mittelrhein
Tel.: 0173 / 3 09 78 00
beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

Trier/Eifel
Tel.: 0176 / 30 49 12 63
beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

Mainz/Rheinhessen/Nahe
Tel.: 0163 / 4 14 52 36
beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

Nordwestpfalz
Tel.: 0157 / 56 30 64 86
beratungsknoten-ku@lsjv.rlp.de

Südwestpfalz
Tel.: 0162 / 43 65 863
beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

Vorder- und Südpfalz
Tel.: 0152 / 04 76 96 51
beratungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

Cochem/Rhein-Hunsrück/Rhein-Lahn
Tel.: 0162 / 43 65 868
beratungsknoten-cohula@lsjv.rlp.de

Daun/Bernkastel-Wittlich/Birkenfeld
Tel.: 0172 / 39 08 923
beratungsknoten-dabebi@lsjv.rlp.de

// Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Das Demokratiezentrum RLP koordiniert und steuert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sowie die Betroffenenberatung im Land.

Es vernetzt im Auftrag des Förderprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie und des Landes Rheinland-Pfalz Engagierte und Aktive, die sich gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft einsetzen. Hierzu bietet das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz Raum für Interaktionen und Austausch über die Förderung von Demokratie sowie Expertise in der Extremismusprävention und -intervention.

Neben den gesellschaftlich breit aufgestellten Netzwerken setzt das Demokratiezentrum RLP zum einen bei Jugendlichen auf seine bewährten Projekte zur Sensibilisierung, Persönlichkeitsstärkung und Distanzierung. Zum anderen bietet es Fachkräfteschulungen u.a. für die öffentliche Verwaltung, Jugendarbeit und zivilgesellschaftliche Engagierte an.

Kontakt:

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung –
Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97–101
55118 Mainz
www.demokratiezentrum.rlp.de

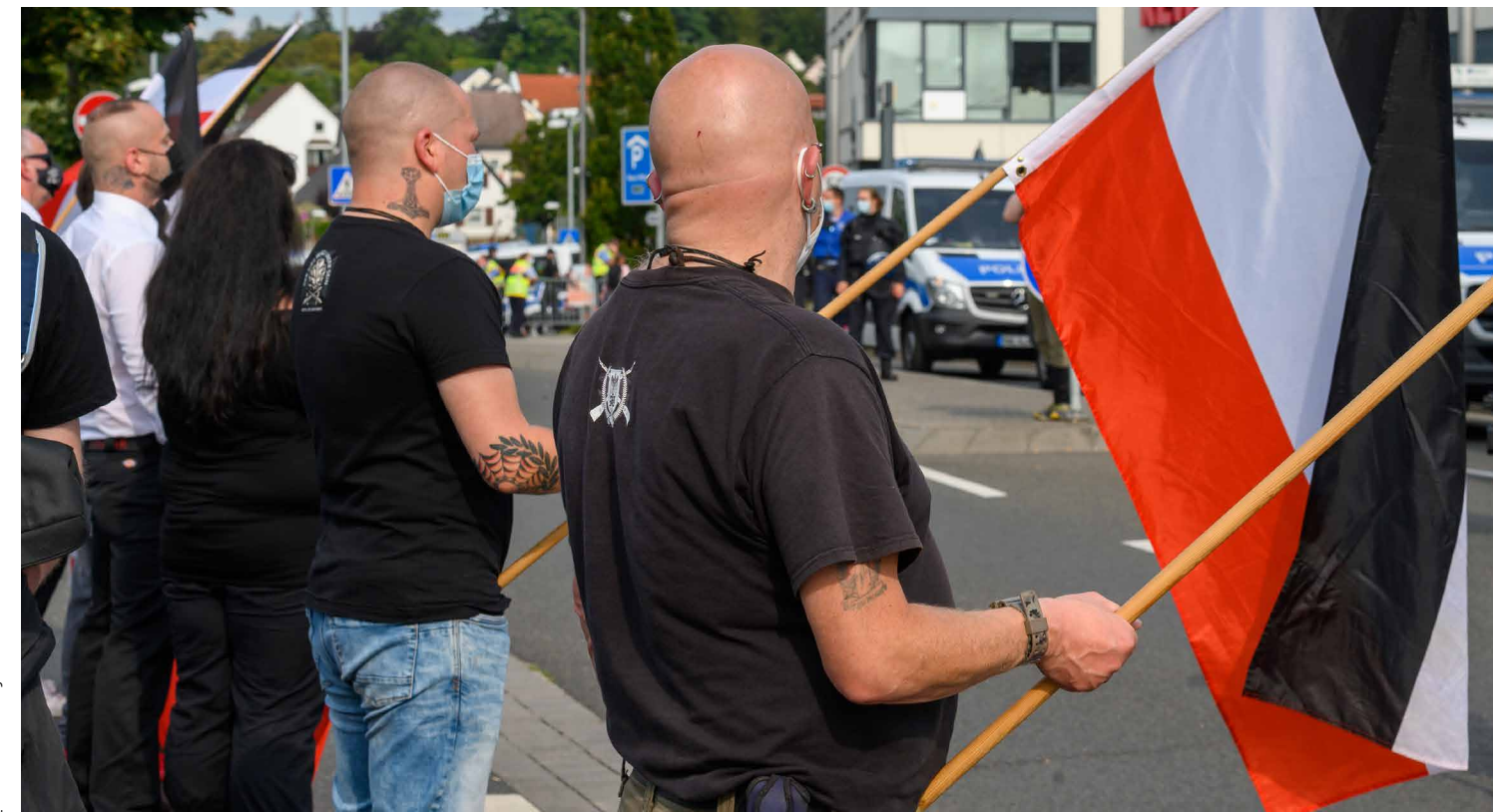


// Epilog: Was ist Rechtsextremismus?

Der Begriff „Rechtsextremismus“ bezeichnet Weltanschauungen, die von der kategorialen Ungleichheit und Unfreiheit von Menschen ausgehen. Gängige Ausprägungen auf dieser Einstellungsebene sind unter anderem Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, ein völkisches Nationalverständnis, der Zwang zur autoritären Unterordnung und Militarismus. Vor diesem ideologischen Hintergrund schreiten Rechtsextreme zur politischen Praxis. Auf der Verhaltensebene drückt sich Rechtsextremismus beispielsweise aus durch das Wählen rechtsextremer Parteien, die Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen oder die Teilnahme an entsprechenden politischen Aktivitäten, vom Verbreiten von Propaganda über die Organisation von Veranstaltungen bis hin zu Gewalt und Terrorismus. Rechtsextreme Akteur:innen sind also nicht nur Neonazis, sondern auch sogenannte Reichs- und Wutbürger:innen oder Rechtspopulist:innen, weil sie zentrale rechtsextreme Überzeugungen teilen.

Gleichwohl ist Rechtsextremismus ein umstrittener Begriff. Er legt zum einen fälschlicherweise nahe, Ideen von Ungleichheit und Unfreiheit wären allein ein randständiges Problem, und entlastet so die politische „Mitte“ im Voraus von ihrer Verantwortung. In dem Begriff schwingt zum anderen die Unterstellung mit, als zweite Spielart eines generellen Extremismus bedrohe ein linker Extremismus die Demokratie. Diese Vorstellung läuft oftmals auf eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus hinsichtlich ihrer antidemokratischen Gehalte hinaus. Dadurch geraten jedoch wesentliche Unterschiede aus dem Blick, sodass eine gewissenhafte Auseinandersetzung mit den realen Bedrohungen erschwert wird.

Mit der „inforex“ möchten wir einen Beitrag leisten zur eingehenden Betrachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus.



[Foto: Max Gerlach]



inforex

Eine Veröffentlichung der Mobilen Beratung
gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Eine Veröffentlichung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz // Nr. 4 // Nov. 2021
www.demokratiezentrum.rlp.de/de/inforex // Kostenfreier Bezug gedruckter Broschüren: koblenz@dgb.de